

Bitte Musterseiten verwenden

Pantone-Farben stehen in Farbpalette zur Verfügung.

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

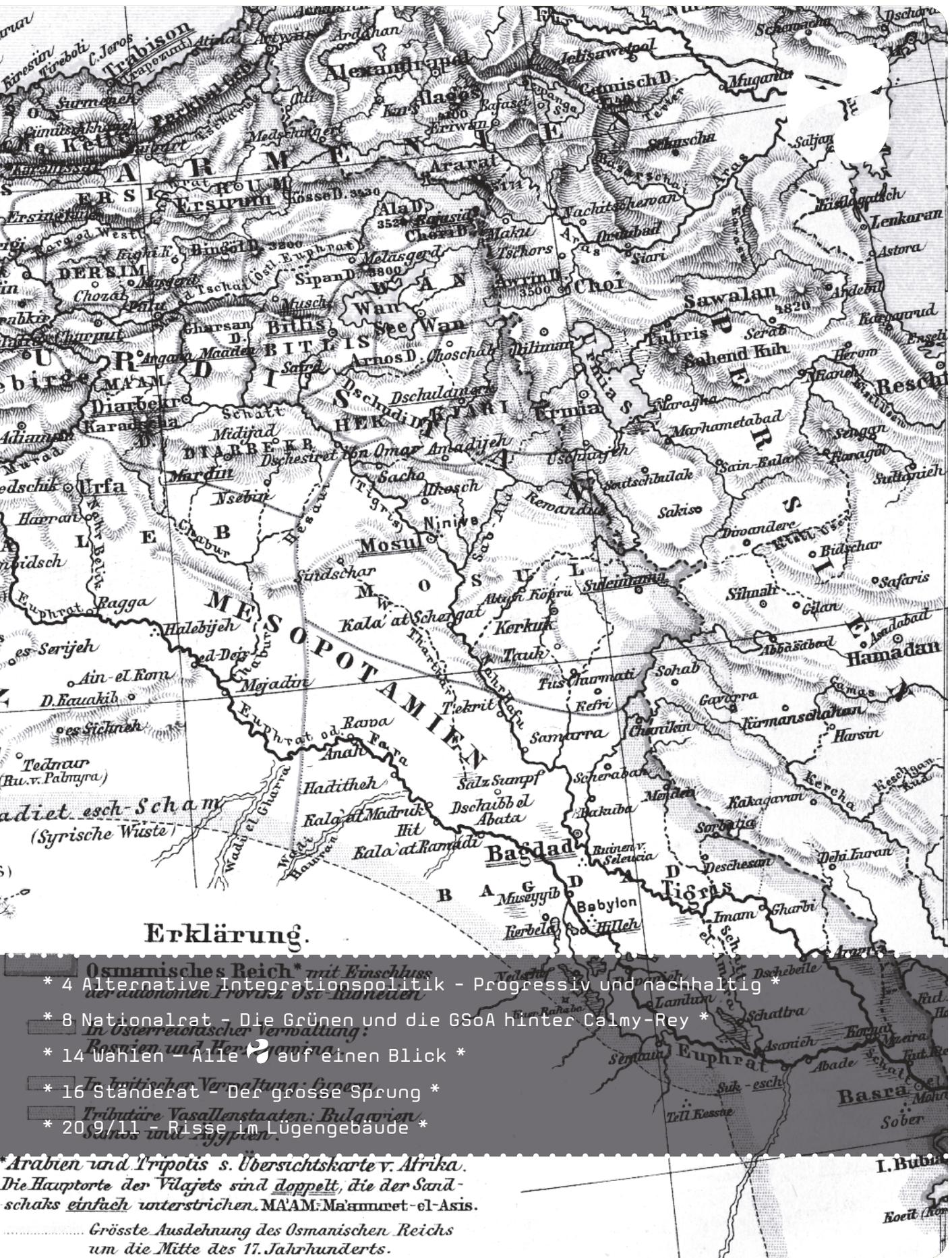
Alternative Kanton Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug



BULLETTIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2006



Erklärung.

- * 4 **Osmanisches Reich*** mit Einschluss der autonomen Provinz Ost-Ruhnenen
- * 8 **Nationalrat** - Die Grünen und die GSoA hinter Calmy-Rey *
- * 14 **Wahlen** - Alle auf einen Blick *
- * 16 **Ständerat** - Der grosse Sprung *
- * 20 **9/11** - Risse im Lügegebäude *

*Arabien und Tripolis s. Übersichtskarte v. Afrika.
 Die Hauptorte der Vilajets sind doppelt, die der Sandschaks einfach unterstrichen. MA'AM: Ma'ammret-el-Asis.

Grösste Ausdehnung des Osmanischen Reichs um die Mitte des 17. Jahrhunderts.



- 2
- 3 **Editorial**
Politik mit Jungen statt für Junge
 - 4 **Alternative Integrationspolitik**
Progressiv und nachhaltig
 - 7 **10 Jahre Zivildienst**
Zivildienst ausweiten
 - 8 **Nationalrat**
Die Grünen und die GSoA
hinter Calmy-Rey
 - 10 **Naher Osten**
Schlaglichter auf Palästina
 - 12 **Meinung**
Waffen sind keine Spielzeuge
 - 13 **Essay**
Mein Bauch gehört mir –
und damit uns
 - 14 **Wahlen**
Alle Alternativen auf
einen Blick
 - 16 **Ständerat**
Der grosse Sprung
 - 18 **IG Velo**
Privatstrassen fürs Velo öffnen
 - 19 **Gleis 3 Alternative Risch**
Bon anniversaire
 - 20 **9/11**
Risse im Lügengebäude
 - 24 **Sponsoringfest**
Ohne Schweiss kein Preis
 - 25 **Serviceteil**
Buch
Kino
Frontal
Veranstaltungen
Adressen
Impressum

«Mission statement»

Das Bulletin des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, SGA Zug/Baar.**

Das Bulletin setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von ...

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das Bulletin»

Politik mit Jungen statt für Junge

Andreas Hürlimann, Vorstand Alternative Kanton Zug

Schweizweit wird die Politikmüdigkeit der heutigen Jugend beklagt. Kandidaturen für Legislativ- und Exekutivämter junger Menschen werden von allen Seiten begrüsst. Gefördert und schlussendlich auch gewählt werden sie aber selten! Vier Kandidatinnen und Kandidaten plädieren dafür, jungen Menschen mehr politisches Vertrauen zu schenken.

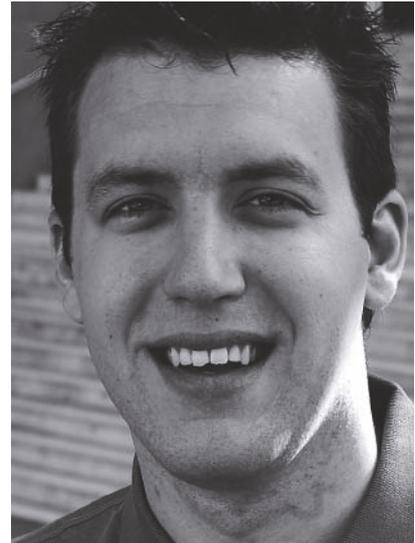
Nimmt ein junger Mensch am öffentlichen Leben aktiv teil und möchte in die offizielle Politik einsteigen, wird es ihr/ihm nicht einfach gemacht. Auf einer Liste einen Platz zu ergattern, ist zwar meist nicht schwierig – ein Listenplatz mit echten Wahlchancen ist jedoch die Ausnahme. Die Wahl in ein politisches Amt zu schaffen, ist für unter 25-Jährige sogar fast ein Ding der Unmöglichkeit. Warum? Die Aussage «Es mangelt an Erfahrung» müssen wir Jungen uns wohl am häufigsten anhören. Wer dies sagt, verkennet, dass die zurzeit jüngste wählbare Generation in einer enorm mobilen, sich technisch rasend schnell verändernden Welt aufgewachsen ist – sie ist mit dieser Dynamik aufgewachsen und hat eine schnelle Auffassungsgabe entwickelt. Gerade in der Politik ist es wichtig, zuhören zu können und aus den Erfahrungen anderer zu lernen. Es ist wichtig, die Interessen aller zu verstehen, diese gegeneinander abzuwägen, sie als Ziele zu definieren und nach Möglichkeit umzusetzen. Die Mittel zur Umsetzung der Ziele muss man erst kennen lernen, ob jung oder alt – Lebenserfahrung hilft hier nur wenig. Die Politik braucht diese jugendliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an eine sich ständig verändernde Welt.

Warum sollten wir Jungen nichts von Schul- und Wohnqualität, Integration oder langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen verstehen? Wir sind es, welche die Schulzeit noch in unmittelbarer und bester Erinnerung haben. Unsere jugendliche Erfahrung bezieht sich auf eine

jüngere Vergangenheit, in welcher das Thema Integration ein Alltagsproblem geworden ist, in der wir jedes verbleibende Fleckchen Grün zum Spielen schätzen gelernt haben und andererseits die vielen Freunde in der Siedlung nicht missen möchten. Das Ausziehen von zu Hause hat uns schnell gezeigt, dass tiefe Steuern einem Haushalt mit bescheidenem Budget nichts nützen, weil die hohe Wohnmiete den scheinbaren Vorteil mehrfach auffrisst. Wir nutzen den sehr gut ausgebauten öffentlichen Verkehr wie keine Generation vor uns. Umso mehr ärgern wir uns auf dem Weg zur Arbeit oder Hochschule über den Stau durch die überlasteten Dorf- und Stadtzentren, weil der Individualverkehr nicht richtig verlagert werden kann. Eine vernünftige Verkehrspolitik liegt auch uns am Herzen. Wir wehren uns gegen eine politische Bevormundung durch die ältere Generation und wollen uns für unsere Zukunft einsetzen. Egoistisches, kurzsichtiges und rein gewinnmaximierendes Denken und Handeln soll in unserer Politik keinen Platz haben.

Es ist Aufgabe der gegenwärtig aktiven PolitikerInnen, auch junge Menschen in die Sachpolitik einzuführen. Die Erfahrungen der Jungen sollten sie aus eigenem Interesse prüfen und zu den eigenen aufnehmen. Altbewährtes soll mit aktuellen Gegebenheiten und neuem Wissen vervollständigt und umgesetzt werden.

Die wenigen jungen Menschen, die wichtige politische Positionen bekleiden, vermitteln ein starkes, kompetentes und innovatives Bild.



Andreas Hürlimann, Vorstand Alternative Kanton Zug.

Geben Sie auch weiteren Jungen diese Chance und übertragen auch Sie ihnen vermehrt politische Kraft und Verantwortung.

Vier junge, überzeugte und motivierte Alternative, die an den kommenden Wahlen für ein politisches Amt kandidieren:

- Natascha Ruch (23 Jahre, Zug), Maturandin auf dem zweiten Bildungsweg, kandidiert für den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug und den Kantonsrat.
- Larissa Müller (22 Jahre, Zug), Studentin, kandidiert für den Kantonsrat.
- Rupan Sivaganesan (25 Jahre, Zug), Offsetdrucker, kandidiert für den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug und den Kantonsrat.
- Andreas Hürlimann (24 Jahre, Steinhausen), Informatiker und HSW-Student, kandidiert für den Gemeinderat Steinhausen und den Kantonsrat. ■

Progressiv und nachhaltig

Rupan Sivaganesan und Gisela Hürlimann* | Bilder Integrationsnetz Zug

4 **Am 5. Juli 2006 organisierten fünf integrationspolitische Organisationen in Zug einen Abend zu «Migration und Politik». Ausgehend von dieser Diskussion und auf Anfrage des alternativen Präsidiums formulieren die VerfasserInnen Vorschläge für eine nachhaltige alternative Integrationspolitik.**

Eine alternative Integrationspolitik bekennt sich dazu, dass eine echte Integration von sozial benachteiligten Migrantinnen und Migranten ohne Chancengleichheit nicht zu haben ist. Das bedeutet zweierlei: Erstens sind Integrationsmassnahmen zugunsten von und gegenüber MigrantInnen nur dann effektiv, wenn sie deren Chancengleichheit in der Ausbildung, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie punkto gesellschaftliche Akzeptanz und politische Mitbestimmung erhöhen. Und zwar spürbar, überprüfbar und messbar. Eine soziale, solidarische und aufgeklärte Politik hat sich gleichermassen an alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zugs zu richten, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres sozialen und ihres staatsbürgerlichen Status. Migrantinnen und Migranten sind als gleichwertige Subjekte gesellschaftlicher Mitgestaltung und Mitverantwortung zu behandeln. Gleichzeitig gilt es anzuerkennen, dass diese Gleichberechtigung für unterprivilegierte

Migrantinnen und Migranten nicht ohne Anstrengungen zu erlangen ist - weder von Seiten der Mehrheitsgesellschaft noch von Seiten der benachteiligten Minderheiten. Alternative Politik soll in Zukunft im gleichen Mass integrationsverträglich sein, wie sie stets die Grundsätze der Gleichberechtigung von Frau und Mann, der Friedensförderung, der sozialen Gerechtigkeit und des Umweltschutzes beherzigen muss. Gleichzeitig lohnt es sich, aus alternativer Sicht einige integrationspolitische Schwerpunkte zu setzen. Dabei ist der Hebel vor allem dort anzusetzen, wo konkrete Massnahmen am meisten Wirkung im Hinblick auf echte Chancengleichheit entfalten können.

Frühförderung für bessere Bildungschancen

Die PISA-Studien haben aufgedeckt, wie schwierig es für migrantische Kinder ist, die Schweizer Volksschule mit Erfolg zu durchlaufen. Es werden zwar viele Bemühungen für die Integration migrantischer Schulkinder unternommen. Aber nur eine gezielte Förderung bringt mehr Chancengleichheit. Denn migrantische Kinder aus unterprivilegierten Familien sind gegenüber schweizerischen Kinder und privilegierten ausländischen Kindern doppelt benachteiligt: Sie erhalten weniger elterliche Unterstützung, und sie können diesen Nachteil nicht durch den Besuch von teuren Privatschulen wettmachen. Studien zeigen, dass die sprachliche Frühförderung besonders effektiv ist für den späteren Bildungserfolg. Migrantische Kinder sollen deshalb be-

reits im Vorschulalter wöchentlich zwei bis drei Deutschstunden erhalten. Die rechtzeitige Investition in die Sprachförderung verringert auch den Aufwand für sonderpädagogische Massnahmen, sind doch zahlreiche Schulprobleme auf mangelnde Sprachbeherrschung zurückzuführen. Im Vergleich zu migrantischen Kindern in Genf werden migrantische Zuger Kinder nämlich dreimal häufiger sonderpädagogisch betreut. Als weitere Förderungsmassnahme braucht es auch günstige Nachhilfeangebote. Denn solche komplementären Unterstützungsangebote stärken auch die öffentliche Schule in ihrem Bildungsauftrag.

Deutsch sprechen – eine lohnende Investition für die Selbstbestimmung

Für fremdsprachige Menschen, die die Absicht haben, langfristig im Kanton Zug zu leben, soll das Erlernen der deutschen Sprache ein Recht und eine Pflicht darstellen. Es ist das Recht auf freie Entfaltung. Beim Spracherwerb geht es in erster Linie um die Verwirklichung der eigenen Lebensziele im Bildungs-, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich. Gerade Personen aus so genannten bildungsfernen Familien, darunter Hausfrauen und Mütter, erhalten auf diese Weise neue Lebensperspektiven. Sprachaneignung ist aber auch aus der Sicht des Einwanderungslandes sinnvoll und notwendig. Deshalb muss eine nachhaltige Integrationspolitik hier ansetzen: bei einer Aus- und Weiterbildung, die dazu motiviert und verpflichtet, in der Deutschschweiz Standarddeutsch verstehen und sprechen zu können. Einer progressiven Integrationspolitik geht es dabei nicht um Repression, sondern um Beseitigung von Ungleichheit. Deshalb darf das Recht auf Zuwanderung keinesfalls ein-

***Rupan Sivaganesan** ist Kopräsident der Asylbrücke, im Projektteam von zwangsheirat.ch und leitet das Bildungsprogramm Schooling. Er kandidiert für Alternative SGA Zug.

Gisela Hürlimann ist im Vorstand des Vereins Integrationsnetz Zug, im Polit-Forum Zentralschweiz und bei zwangsheirat.ch. Die 5 Organisationen sind: Integrationsnetz und Asylbrücke Zug, Katamaran, NCBI und Polit-Forum Zentralschweiz.

geschränkt und von Sprachkenntnissen abhängig gemacht werden. Wer aber die Niederlassung beantragt, der oder die soll sich auch sprachlich verständigen können. Gleichzeitig sollen gute Sprachkenntnisse ein Kriterium für eine erleichterte Einbürgerung werden. Aus der Sicht von Wirtschaft und Staat lohnt sich eine Investition in die sprachliche Befähigung neu Zugezogener, die sich entsprechende Sprachkurse nicht leisten können, ebenfalls: Damit wird nämlich die Chance auf qualifiziertere Beschäftigungsmöglichkeiten von MigrantInnen verbessert. Und dadurch werden teure Übersetzungs- und Vermittlungsdienste überflüssig. Wenn die Kommunikation ohne Übersetzung möglich ist, findet sie auch auf gleicher Augenhöhe statt. Das ist ein erster Schritt von vielen hin zu mehr Gleichberechtigung zwischen Eingewanderten und Einheimischen.

Politik mitgestalten und mitentscheiden

Gleichberechtigt ist nur, wer mitreden kann. Vor allem dann, wenn es um die eigene Zukunft geht. Ob mit oder ohne Schweizerpass – Migrantinnen und Migranten stellen in Zug eine bedeutende Bevölkerungsgruppe mit einem grossen Potenzial für gesellschaftliche Mitgestaltung dar. Ihnen gebührt daher auch ein anteilmässiger Platz in kantonalen und kommunalen Kommissionen und Arbeitsgruppen. In einer Übergangsfrist braucht es Quoten, damit Migrantinnen und Migranten, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, unsere gemeinsame Zukunft ab sofort mitgestalten und mitverantworten können. Damit sich auch unterprivilegierte Migrantinnen und Migranten für Kommissionen und politische Ämter zur Verfügung stellen, müssen sie dazu befähigt und dazu ermuntert werden:



Shqipe Osmanaj, Cham, Fussballerin und Schiedsrichterin.

Alle haben ein Recht auf politische Information und Bildung durch die Medien, die Verwaltung und auch durch die Zuger Parteien. Die Alternative Kanton Zug geht mit gutem Beispiel voran und fördert eine emanzipatorische politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der Partei. Denn wer mitdefiniert und mitentscheidet, der oder die trägt kollektive Entscheide auch besser mit. Als Fernziel strebt eine alternative Politik das Stimm- und Wahlrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer an und ist überzeugt, dass sich in der Zuger Gesellschaft dereinst eine Mehrheit für eine solche in mehreren Schweizer Gemeinden bewährte Massnahme finden wird.

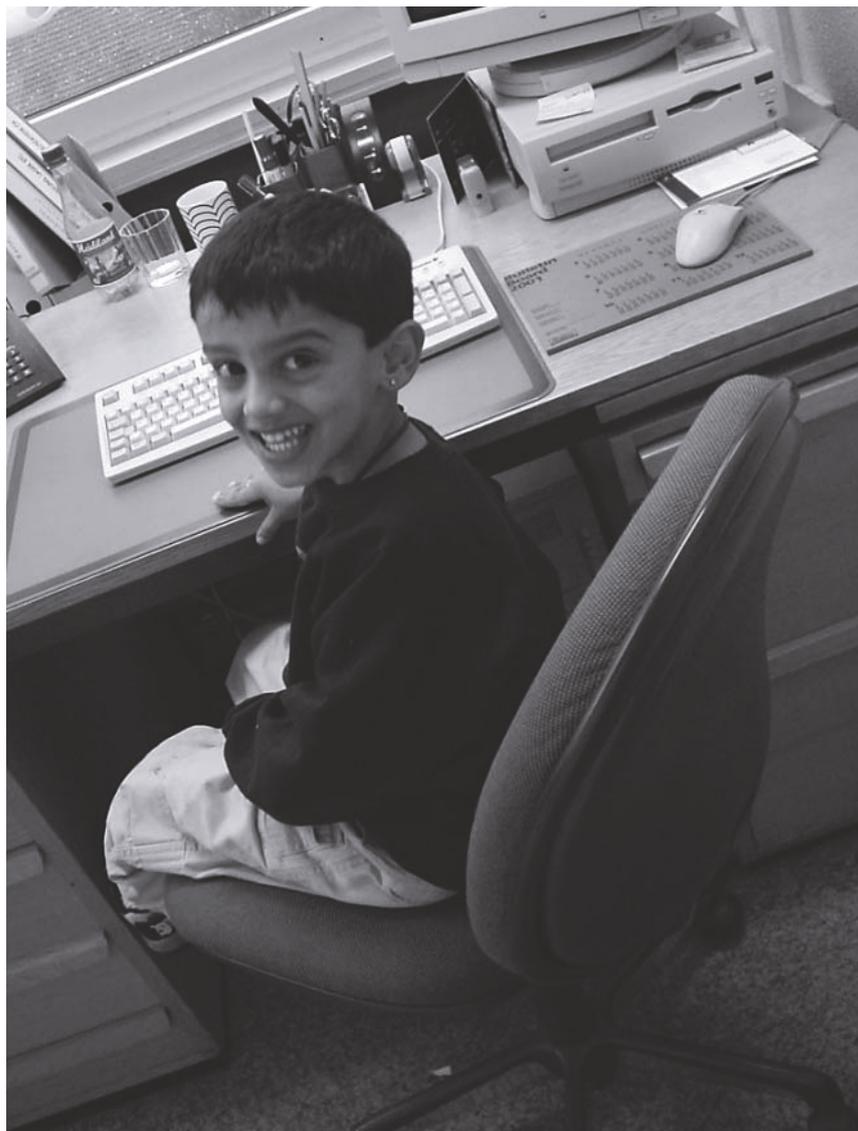
Integrationspolitik ist anspruchsvoll und bedingt Kooperation

Migration und Integration sind äusserst dynamische Politikfelder. So zeigen aktuelle Entwicklungen,

Bildung schafft Zukunft

«Schooling» ist ein niederschwelliges Nachhilfeprojekt für Kinder aus Migrations- und Schweizerfamilien im Kanton Zug, das Anfangs 2006 lanciert wurde. Je nach Bedürfnis bietet es Lektionen am Mittwochnachmittag und/oder samstags an. Das Kurslokal liegt im Zentrum von Zug. Wer Interesse hat, kann Kontakt mit dem Trägerverein Katamaran (Postfach 1511, 6301 Zug) aufnehmen, über www.schooling.ch oder direkt mit Rupan Sivaganesan 041 711 11 12

In der nächsten Nummer des Bulletins stellen wir das Projekt und die Projektverantwortlichen näher vor.



Früh in die Schule und früh Deutsch lernen. Das schafft Chancengleichheit.

dass es eine interkulturelle Gesundheitsförderung und Sexualpädagogik braucht. Um auf immer neue Herausforderungen die richtigen und nachhaltigen Antworten zu geben, braucht es eine ständige Auseinandersetzung mit dem Thema. Das gelingt dann, wenn die wichtigsten «stakeholders», näm-

lich progressive MigrantInnen und ihre Organisationen, eine alternative Integrationspolitik als gleichberechtigte PartnerInnen mitdefinieren und mitkonzipieren. Eine feministische Politik, die nur von Männern gestaltet und vertreten wird, ist schliesslich auch undenkbar. ■

Zivildienst ausweiten

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug

Allein in den 1970er und 1980er Jahren wurden in der Schweiz gegen 10'000 junge Männer wegen Militärverweigerung verurteilt. Nach dem Ende der südeuropäischen Diktaturen kannte kein westeuropäischer Staat so viele politischen Gefangenen wie die Schweiz.

Die Schweiz war bis 1996 ein menschenrechtlicher Skandal, der in den Jahresberichten von Amnesty International immer unrühmlich viel Platz einnahm. Den entscheidenden Beitrag für die Beendigung dieses Skandals spielte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Zuerst mit dem Erfolg ihrer Initiative 1989, dann mit ihren Kampagnen zur Einführung des Zivildienstes. Deren Höhepunkt war der Aufruf zur Massenverweigerung, um auf die säumigen Politiker Druck auszuüben.

Verdienste

Durch seine bisher geleisteten zwei Millionen Dienstage hat sich der Zivildienst zu einem wertvollen Instrument zur Förderung des sozialen Zusammenhalts in der Schweiz entwickelt. Er ermöglicht der Schweizer Gesellschaft einen besseren Umgang mit grossen Herausforderungen wie zum Beispiel der Gewaltprävention, dem Umweltschutz oder der Betreuung von gesellschaftlich marginalisierten und benachteiligten Menschen. Der Zivildienst ist eine «Sensibilisierungskampagne»¹, welche Schweizer Dienstpflichtige für die schleichenden Bedrohungen gesellschaftlichen Zusammenhalts

empfindlich macht und letztere mit nachhaltigen Mitteln abzubauen versucht. Er fördert den sozialen Zusammenhalt und baut Spannungspotentiale ab, indem er den Austausch zwischen verschiedenen Generationen, Regionen und Ländern gewährleistet. Der Zivildienst nimmt sich den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft mit Respekt an und integriert einerseits die Marginalisierten und andererseits die Dienstleistenden in die Gesellschaft.

Gefahren

Leider läuft der Zivildienst Gefahr, mit einer allfälligen, oder besser: absehbaren Aufhebung der Wehrpflicht, ebenfalls abgeschafft zu werden. Den realen Problemen werden wir eher gerecht, wenn wir anstelle des durch die (absehbare) Aufhebung der Wehrpflicht überflüssig gewordenen zivilen Ersatzdienstes einen freiwilligen Sozial- und Friedensdienst schaffen bzw. jenen zu einem solchen ausbauen. Ein Sozial- und Friedensdienst gäbe allen in der Schweiz wohnhaften Männern und Frauen die Möglichkeit, zur Lösung (gesellschaftlicher) Probleme und zur Linderung sozialer Nöte sowie zur Prävention gegen Gewalteskalationen und zur

Förderung des Friedens im In- und Ausland einen sinnvollen Beitrag zu leisten².

7

Reformen

Die bisher ausgebliebene staatliche Unterstützung des Zivildienstes könnte kurzfristig darin bestehen, die Gewissensprüfung abzuschaffen, welche potentielle Zivildienstleistende abschreckt und zum gesellschaftlich viel weniger erträglichen und effizienten «Blauen Weg» abdrängt. Weiter soll die Dauer, die praktisch abschreckend und symbolisch abwertend wirkt, der Militärdienstdauer angeglichen werden. Zudem sollte die Abgabepflicht³ für die Einsatzbetriebe aufgehoben werden. Diese erschwert ausgerechnet jenen Einsatzbetrieben die Einstellung eines Zivildienstleistenden, die ihre Tätigkeiten vorwiegend aus Spendengeldern decken und somit Zivildienstleistende am nötigsten hätten. Mittelfristig sollte der Zivildienst mittels Öffentlichkeitsarbeit (z.B. an Orientierungstagen ähnlich jenen seitens der Armee) der Schweizer Bevölkerung näher gebracht und dadurch gestärkt werden.

Langfristig sollte der zivile Ersatzdienst zu einem künftigen freiwilligen Sozial- und Friedensdienst ausgebaut⁴, und künftige Zivildienstleistende sollten durch angemessene Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für diesen freiwilligen Weg gewonnen werden. ■

¹ http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4702/98845/d_n_4702_98845_98916.htm

² http://search.parlament.ch/cv-geschaefte?gesch_id=20053252

³ http://search.parlament.ch/cv-geschaefte?gesch_id=20053377

⁴ http://search.parlament.ch/cv-geschaefte?gesch_id=20053252

Die Grünen und die GSoA hinter Calmy-Rey

Josef Lang, Nationalrat der Alternativen Zug | Bild Christiaan Meijer, Zuger Presse

8 Mit ihrer klaren Haltung gegen die Zerstörung des Libanon stiess die Aussenministerin auf breite Zustimmung – leider nur in der Bevölkerung.

Der 26. Juli 2006 wird als rabenschwarzer Tag in die Geschichte einer Aussenpolitik eingehen, die Werte und Rechte über Interessen und Mächte setzen wollte. Die Niederlage, welche die bürgerlichen Bundesräte, allen voran die beiden SVP-Vertreter, der Sozialdemokratin Micheline Calmy-Rey beifügten, hat grundsätzliche Bedeutung und langfristige Wirkung. Die Desavouierung der Kritik an Israel, das Ausbremsen der Friedensdiplomatie, der Verrat an der Rolle der Schweiz als Hüterin der Genfer Konventionen sowie die Weiterführung der Militär- und Rüstungskoooperation mit einem Staat, der sich um das humanitäre Völkerrecht foutiert, sind ein folgenschwerer Rückschlag für eine offene und solidarische Schweiz.

An der ausserordentlichen Bundesratssitzung dürfte sich die im Bulletin vor einem Jahr festgestellte «ausserpolitische Wende» Richtung USA definitiv durchgesetzt haben. Unter dem Titel «Die proamerikanische Wende» schrieben wir im September 2005: «Alle erwähnten aussen- und rüstungspolitischen Wendungen haben eines gemeinsam: Sie entsprechen den Interessen der USA. Israel ist ihr wichtigster Verbündeter im Nahen Osten.» Fast alles, was in der Zwischenzeit passiert ist und was der Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty als «servilen Gehorsam gegenüber den USA» bezeichnete, bestätigt diese Einschätzung. Die wichtigste Abweichung vom proamerikanischen Kurs, Calmy-Reys Nahost-Politik, wurde nun abrupt beendet. Der bundesrätliche Kniefall vor der regionalen Grossmacht ist primär ein Kniefall vor der globalen Grossmacht. An einer engen Beziehung mit Israel sind vor

allem die Rüstungsindustrie und die Armee interessiert.

Powerplay und Time-out

Die Niederlage, welche nicht bloss die linke, sondern die humane und humanitäre Schweiz am 26. Juli erlitt, ist um so schmerzlicher, als Micheline Calmy-Rey im ganzen Sommer die grosse Mehrheit der öffentlichen wie auch der veröffentlichten Meinung hinter sich hatte (und weiterhin hinter sich hat). Die mit der breiten Unterstützung verbundene Kritik an der Militär- und Rüstungskoooperation richtete sich gegen den bürgerlichen Teil des Bundesrats. Leider wurde in den Juliwochen sehr wenig unternommen, die gesellschaftliche Stimmung und mediale Meinung in politischen Druck umzusetzen. Einzig die Grünen haben es gemeinsam mit der GSoA und anderen Gruppierungen über nationale und lokale Kundgebungen und Stellungnahmen versucht. Während die SVP gegen Calmy-Rey ein starkes «Powerplay» aufzog, nahm sich die Partei der angegriffenen Bundesrätin ein Time-out. Natürlich haben auch Linke ein Recht aufs Baden. Dass das Problem aber kaum hier liegen dürfte, darauf weisen die Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission vom 4./5. Juli 2006 und eine Polemik im Zürcher SP-Organ «P.S.» drei Wochen später hin.

Unter dem Titel «Auge um Auge» polemisierte der «P.S.»-Redaktor und Parteistrategie Koni Löpfes am 27. Juli gegen die Antikriegsdemonstration, die zwei Tage später in Bern stattfand. Ein Einwand lautete: «Mich erstaunt der Glaube der Menschen im Nahen Osten, dass sich der jeweils andere zerstören liesse.» Deshalb «bleibt uns

wohl nur das resignierte Zuschauen.» Löpfes «Analyse», die auf den «Menschen» fokussiert, blendet das Haupthindernis für einen gerechten Frieden völlig aus: die doppelte Übermacht der einzigen regionalen und der einzigen globalen Grossmacht. Weiter warf Löpfes der GSoA vor, fälschlicherweise vom «Täter Israel» und von den «zumindest Halbpfern Libanon und Palästina» zu sprechen. Abgesehen davon, dass der GSoA eine solche Sprache fremd ist, übersah der «P.S.»-Redaktor, dass der Demo-Aufruf «alle Angriffe aller Kriegsparteien auf alle Zivilbevölkerungen» verurteilt. Er blendete aber auch aus, dass weit über 90 Prozent der zivilen Opfer des Libanonkriegs Opfer der israelischen Armee sind.

Testfrage IFASS

Zeuge eines ähnlichen Mangels an Sensibilität für die arabisch-palästinensische Seite wurde ich bereits drei Wochen vorher, also während der Eskalation im Gaza, in der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK). Am 4. Juli stellte ich in der für die Installation des Integrierten Funkaufklärungs- und Sendesystems (IFASS) zuständigen Subkommission den Antrag, den IFASS-Kredit zu streichen, weil die Geräte zu einem wichtigen Teil aus Israel stammen. Alle anderen fünf Mitglieder, unter ihnen mit Christoph Mörgeli einer der gewichtigsten Israel-Verteidiger, aber auch die Sicherheitspolitische Vordenkerin der SP Barbara Haering lehnten meinen Antrag ab. Am folgenden Tag stellte ich diesen noch einmal im SiK-Plenum, wo die SP-Delegation geschlossen mit den Bürgerlichen gegen die beiden Grünen stimmte. Umso erfreulicher war es, liess die SP Schweiz in ihrer ersten Pressemitteilung zum Nahost-Krieg am Abend des 26. Juli 2006 verlauten, dass sie «als dem Frieden verpflichtete Partei» unter anderem auch den

«Verzicht auf IFASS» fordere. Allerdings war der Embargo-Beschluss verbunden mit der Weigerung, die Demonstration vom folgenden Samstag zu unterstützen. Gegenüber den Medien liessen Parteisprecher verlauten, deren Aufruf, der notabene die «Solidarität mit sämtlichen zivilen Opfern» bekundete und der ein Ende der Gewalt «im Libanon, in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie in Israel» forderte, übe zu wenig Distanz gegenüber der Hisbollah. Diese Kritik an einem Text, der einen Kompromiss mit den Vertreterinnen und Vertretern der libanesischen und der palästinensischen Diaspora darstellt, hätte mehr Glaubwürdigkeit, wäre die SP der schriftlichen und telefonischen Einladung an die Diskussion über den Demo-Aufruf gefolgt. Die Kundgebung auf dem Bundesplatz selber wurde dann, wie auch die «Tageschau»-Bilder zeigten, zu einer Pro-Calmy-Rey-Manifestation.

Bodenmanns Kritik

SP-Linke, die an der Demo vom 29. Juli teilnahmen, erklärten das distanzierte Verhalten ihrer Partei zum Schicksal des Libanons mit dem «grossen Einfluss» der «Israel-Lobby». Meine Einschätzung ist eine andere: Es ist die mit der Unterstützung militärischer Auslandseinsätze verbundene Annäherung an die Nato und damit an den «War on Terror» der USA und Israels, welche die Loyalität zum Völkerrecht schwächt. Die Gründe für das wochenlange Schweigen der SPS-Spitze zur israelischen Kriegführung zuerst im Gaza, dann im Libanon sind letztlich die gleichen wie die für die Ablehnung der Volksinitiative für ein Kriegsmaterialexportverbot: «Rücksicht auf Partner». Im Fall des Volksbegehrens hat dann die Delegiertenversammlung den Entscheid des Parteiapparats rückgängig gemacht. Wie die Auseinandersetzung um das sommerliche



Mahnwache in Zug gegen den Krieg im Libanon - Jo Lang schreitet zur Rede.

Schweigen und um IFASS innerhalb der SP ausgeht, ist noch offen. Es gibt aber Anzeichen, die optimistisch stimmen. So scheint die Mehrheit der Fraktion der Haltung, welche die Grünen im Juli/August vertraten, näher zu stehen, als dem, was die eigene Parteileitung vertreten hat. Massiven Einfluss genommen hat auch der ehemalige SPS-Parteipräsident Peter Bodenmann. Im welschen Héβδο (10.8.06) hat er der Israel-Lobbyistin Vreni Müller-Hemmi und der der Nato nahe stehenden Sicherheitspolitikerin Barbara Haering-Binder vorgeworfen, Calmy-Rey in den Rücken gefallen zu sein statt ihr den Rücken gestärkt zu haben.

Die Linke steht aussenpolitisch vor einem Scherbenhaufen. Es geht nun darum, ausgehend vom Grundsatz, dass die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren zu setzen ist, eine kohärente und überzeugende Alternative zum bundesrätlichen Kurs im Schlepptau der USA zu entwickeln. Ein Ansatzpunkt, der (fast) alle Linken vereinigen sowie den Druck der Strasse und der öffentlichen Meinung mit der parlamentarischen Opposition verbinden kann, ist der Kampf für ein Militär- und Rüstungsembargo. Zuallererst geht es dabei um den Verzicht auf IFASS, worüber der Nationalrat im September befinden wird. ■

Schlaglichter auf Palästina

Sophiedorothea Berger, Iseltwald | Bilder Andrea Merli

10

Von Mitte Juli bis Anfang September dieses Jahres hielt sich die Autorin im israelisch besetzten Westjordanland auf. Die pensionierte Heilpädagogin verbrachte anno 2003 3 Monate in der Rehabilitations-Institution «Sternberg» für geistig behinderte Kinder und Erwachsene. Mit ihren Besuchen möchte sie ihren Freundinnen und Freunden die Treue halten und Solidarität beweisen. Sie berichtet uns von ihren Erfahrungen und Erlebnissen aus dieser Zeit.

Freitag, 25. August am Checkpoint nördlich von Bethlehem Richtung Jerusalem. Die israelischen Streitkräfte nennen ihn «Checkpoint 300», für die PalästinenserInnen ist es der «Tantour Checkpoint», benannt nach einer nahen Kirche. Muslimischer Feiertag 11 Uhr vormittags, wenig Menschen. Unbehelligt passiere ich die «Festung», schätzungsweise 1500 m² mit Parkplätzen, perfekt ausgebauten Zufahrtsstrassen, Kreiseln und Mauern, Mauern, Mauern um den



Luftballone helfen dem Mädchen beim Überfliegen der Mauer. Die Phantasie kennt keine Grenzen.

einzigsten Durchgang. In Richtung Bethlehem gehe ich unter ungezählten Überwachungskameras durch, vorüber an israelischen Wachtposten. Mein Pass wird kurz angeschaut und mit meinem Gesicht verglichen, effizient wie am Flughafen. Da kommen mir Palästinenser jeden Alters aus der andern Richtung entgegen. Ich traue meinen Augen nicht: Alle nesteln an ihren Gürteln, stopfen das Hemd in die Hosen, einer zieht sie noch hoch. Ich begreife, dass jeder palästinensische Mann sich entblößen muss. Ihre verlegenen Blicke streifen mich – ich stolpere weiter, komme auf die andere Seite. Bethlehem empfängt mich mit den üblichen zum Teil aufgerissenen und kaputten Strassen. In nächster Nähe gehe ich der Mauer entlang und finde ein palästinensisches Taxi, das mich ins Zentrum bringt – ich verliere die Fassung wegen der entwürdigenden Behandlung, deren Zeugin ich geworden bin, was vom Fahrer diskret übersehen wird. So kann ich mich wieder auffangen.

Beschwerliche Umwege

Wadi Nar – das Feuertal – der einzig mögliche Weg für PalästinenserInnen, um mit einer der Besatzungsmacht nicht genehmen ID von Ramallah nach Bethlehem und umgekehrt zu gelangen. Beide Städte liegen so hoch wie Jerusalem (ca. 800 m ü. M.). In direkter Fahrt wären es etwa 25 km. Wadi Nar liegt tief unten im Osten von Jerusalem – zum Toten Meer ist



Bethlehem – Wand mit Friedensspruch beim grossen Tor im Checkpoint.

Heute sind die Baugerüste fort und sogar der arabische Schriftzug mit Friedenswunsch ist sichtbar.

es nicht weit. In engen Haarnadelkurven windet sich die jetzt asphaltierte Strasse durch die steinigen, öden und sehr steilen Wüstenberge. Das verlängert die Strecke auf vielleicht 40 – 50 km. Sie führt auch mitten durch die Stadt «Abu Dis» nahe Jerusalem. Dort befindet sich eine namhafte Universität. Seit dem Mauerbau ist es so, dass Studenten aus Abu Dis, die vorher einen Weg von 50 Metern in den Hörsaal zurückzulegen hatten, jetzt einen solchen über den Checkpoint «Kalandia» im Norden Jerusalems mit unkalulierbarem Zeitbedarf bewältigen müssen. Übergänge bei jedem Checkpoint sind für PalästinenserInnen stets ein zumindest zeitlicher Risikofaktor.



Die Mauer zieht sich im Zickzack um die Stadt und durch die Aussenquartiere.

Wir nähern uns durch die biblisch anmutende Landschaft mit Beduinenzelten, Ziegen, Eseln dem tiefsten Punkt, dem berühmten «Container Checkpoint». Die Stille wird während rund 12 Stunden am Tag von dröhnenden Sammeltaxis zerrissen, die in halsbrecherischer Fahrt die Passstrasse überwinden. Die Fahrer sind sicher, höflich, sehr realitätsbezogen – der Fahrpreis ist für alle gleich. Diskutiert wird nicht. Ein schmerzfreies Durchkommen beim Checkpoint ist nie garantiert. Es kann Stunden in brütender Hitze dauern. Wir haben Glück, unser Taxi (ich bin die einzige Europäerin) wird von einem müden israelischen Soldaten durchgewinkt. Nie ist ein Grund für die eine oder die andere Verhaltensweise auszumachen. Die Kontrollposten handeln willkürlich.

Wie lange noch?

Dank einer Beobachterin von Peace Watch und einem Human

Rights Lawyer, beide in Bethlehem, komme ich zu Bildern der beiden Checkpoints. Auch das in der Zwischenzeit bekannt gewordene Bild des Mädchens mit den Luftballons bei der Mauer von Kalandia ist dabei. Mauer und Checkpoints verhindern regelmässigen Austausch und normale Kontakte. Ein Anachronismus der schmerzlichsten Art.

Nach den «Grenzerfahrungen» in den sieben politisch und klimatisch heissen Wochen dieses Sommers bin ich wieder in der Schweiz und versuche zu begreifen, warum solche Gegensätze im angebrochenen dritten Jahrtausend mit Akribie, bester Technik und enorm viel Geld aufrechterhalten und ständig «verfeinert» werden. Ich rechne nicht damit, dass ich es je verstehen oder gar akzeptieren werde. Was mich nicht daran hindern soll, mich weiterhin für Frieden in der Region einzusetzen. ■



«Container Checkpoint» beim tiefsten Punkt.

Waffen sind keine Spielzeuge

Manuela Weichelt-Picard, Präsidentin Alternative Kanton Zug, Regierungsratskandidatin
Bild Michel Gilgen

12

Die unpolitische Annabelle hat in ihrer Ausgabe vom 9. August eine Petition lanciert: «Keine Schusswaffen zu Hause». Mehr als 17'000 Frauen und Männer haben die beiden Forderungen, dass Wehrpflichtige ihre Armeewaffe nicht mehr zu Hause aufbewahren dürfen und dass ein nationales Waffenregister geschaffen wird, unterzeichnet.



Manuela Weichelt-Picard,
Regierungsratskandidatin.

Bis zu drei Millionen Schusswaffen, inklusive Armeewaffen, lagern in Schweizer Privathaushalten. Eine Auswertung der Zahlen aus den Kantonen VD, FR, NE und VS zeigt, dass 60% aller Morde in diesen Kantonen innerhalb der Familie geschehen und davon bei 40% Schusswaffen im Spiel sind. Eine Schusswaffe im Haus erhöht das Risiko eines Tötungsdeliktes. Sie sind effektiver als andere Tatwerkzeuge. Die Opfer – meist Frauen und Kinder – können kaum Widerstand leisten oder entkommen.

Auch die hohe Suizidrate in der Schweiz gibt zu denken. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit und dem Anteil Suizide mit Schusswaffen. Der Gerichtspsychiater Andreas Frei wird im Herbst eine Studie veröffentlichen und nachweisen, dass jedes dritte männliche Suizidopfer in der Schweiz eine Waffe benutzt hat. Zwei Fünftel davon waren Armeewaffen.

In den beinahe fünf Jahren seit dem Zuger Attentat wurde die Einführung einer zentralen Waffen-Datenbank erfolgreich verhindert – nicht zuletzt durch Bundesrat Schmid. Die im September 2002 von der damaligen Justizministerin Ruth Metzler vorgeschlagene Revision des Waffengesetzes zog die Lehren aus der Zuger Tragödie. Die Zuger Regierung gehörte zu den wenigen bürgerlich dominierten Gremien, welche den bundesrätlichen Entwurf, insbesondere das Waffenregister, unterstützte und Ausnahmen für Jagd- und Sportwaffen ablehnte. Zur Erinnerung: Herr Leibacher war auch einmal Mitglied eines Schützenvereins. Metzlers Nachfolger entfernte die Schlüsselforderung denn auch sofort und erhielt vom Ständerat bereits seine Unterstützung. Auch die beiden Zuger Ständeherren lehnten das Waffenregister ab.

Für Zug ist dies nicht ein Geschäft wie jedes andere. Hätte es 2001 ein nationales Waffenregister und eine Waffenerwerbsscheinplicht gegeben, wäre der Polizei am 18. September 2001 bewusst geworden, über wie viele Waffen der zuletzt in Zürich wohnhafte

Leibacher verfügte. Neun Tage vor dem Attentat kaufte Leibacher im Kanton Bern die besonders gefährliche, für den Schiesssport und die Jagd unbrauchbare Pump-Action. Sollte der Nationalrat in Flims die Forderung ablehnen, dass die Ordonnanzwaffe im Zeughaus bleibt, wird die Alternative Fraktion eine Standesinitiative mit folgendem Inhalt einreichen: Das Militärgesetz wird so geändert, dass die Ordonnanzwaffe weder während der Dienstperiode noch nach Beendigung der Dienstpflicht der Wehrperson zur privaten Aufbewahrung überlassen werden kann. Dies forderte Josef Lang, Nationalrat der Alternative Kanton Zug, bereits mit einer Motion. Lehnt auch der Kantonsrat das Begehren ab, prüft die Alternative Kanton Zug die Möglichkeit, die Einreichung einer Standesinitiative beim Bund mit den nötigen 2'000 Unterschriften zu verlangen. Wird dieses Begehren vom Kantonsrat erneut abgelehnt, wird das Zuger Volk entscheiden, ob beim Bund eine Standesinitiative eingereicht wird, damit die Armeewaffen wieder ins Zeughaus kommen. Interessant ist, dass wir im Zusammenhang mit Armeewaffen zu Hause in der Schweiz nicht von einer alten Tradition sprechen können. Munition wird den Truppen – abgesehen von Ausnahmen – erst seit 1940 mit nach Hause gegeben. Was damals militärisch noch Sinn machte, ist heute völlig überholt.

Mit einer klaren Verschärfung des Waffen- und des Militärgesetzes können wir mithelfen, zukünftige Tragödien zu verhindern. ■

Mein Bauch gehört mir – und damit uns

Patrick Cotti, Regierungsratskandidat | Bild Michel Gilgen

Ein Essay zum Aufbruch in eine alternative politische Zukunft.

Vorab betont: Michel Gilgen ist ein guter und professioneller Fotograf, der eine angenehme Stimmung im Studio schafft. Bei ihm lässt man und frau sich gerne ablichten; ich habe dies wiederholt erfahren.

Beim gemeinsamen Fotoshooting zur Plakatkampagne mit Manuela und Hanspeter setzt sich Manuela – nach dem prüfenden Blick in den Spiegel – schnell in Pose, Hanspeter weiss – schon in Pose – einen Querweis auf zugerische Binnenpolitik zu erzählen, und ich kann das Lachen nicht mehr steuern – Blitz – meine Augen waren zu. Korrekturangaben zu meinem Kopf, ich muss ihn etwas nach unten halten, das liegt mir gar nicht, ich habe das Gefühl, ich würde zu einem Bückling gezwungen, der Grund liegt indes an meiner entspiegelten Brille, welche blendet. Hanspeter meint, entspiegelte Brillen würden in Spiegelreflex-Kameras eben entspiegelt und wiederum zum Spiegeln gebracht... meine Augen sind beim nächsten Blitz wiederum zu. Manuela muss den Arm etwas auf ihrer Seite einstützen, mein Kopf ist zu schief, Hanspeter ist sich das Fotostehen gewohnt und lacht vor sich hin.

Mit einem Mal werden Haltungsfragen vor dem Fotografen zu persönlichen Haltungsfragen – das spürt man deutlich, wenn man der Kamera zulächelt und sich fragt, ob man eigentlich dumm sei, dass man die hinter der Kamera ruhende WählerInnenschaft nicht sieht. Die Rückmeldungen zu den gemachten Fotos sind entsprechend breit.

Zum gemeinsamen Plakat mit den SP-Regierungsratskandidaten mit Manuela und mir – der gemein-

samen Plakatkampagne mit der anderen Linken – wird mein Foto im Viererverbund von den eigenen Leuten gelobt und kritisiert. Eine Kritik trifft mich zentral: so dürfe sich ein Regierungsratskandidat nicht darstellen. Ich habe mir zu wenig überlegt, was denn ein Regierungsratskandidat ausstrahlen soll. Das merke ich bei der Kritik. Frohgemut in die Zukunft, ernsthaft in die Zukunft? Und was ist mit der Vergangenheit?

Wir haben im Schulterchluss der gemeindlichen Gruppierungen zur kantonalen Alternative noch eine junge Identität, die sich weiter verfestigen muss. Die Inhalte zwar wie soziale Gerechtigkeit, Verstärkung des öffentlichen Verkehrs und Verminderung des motorisierten Individualverkehrs, Stopp der Zersiedelung und dem Steuer senkungswahn sowie echte Solidarität in der Schweiz und auch gegenüber dem Ausland in einer globalisierten Welt sind klar – bloss, wie soll eine Kandidatin oder ein Kandidat diese auf dem Plakat überbringen? Soll ein Slogan dies verdeutlichen oder strahlt man und frau das aus sich heraus aus?

Das vergangene Jahr zeigt, wie stark wir in der Umsetzung sind. Das Steuerreferendum kam durch uns zustande, das Referendum gegen das überrissene Strassenumfahrungsprojekt im Ennetsee und die Volksinitiative für mehr Tageschulen in der Stadt Zug mit unserer tatkräftigen Unterstützung. Wir sammeln Unterschriften gegen die Waffenlieferungen des Bundes in Kriegsgebiete, und wir demonstrierten für Frieden auf dem Landsgemeindeplatz. Wenn ich



Patrick Cotti,
Regierungsratskandidat.

«wir» sage, dann sind dahinter einige wenige, welche Motor zu diesen Aktionen waren und viele, die mittragen und noch mehr, welche uns mental unterstützen. Hinter dem «wir» steht eine gemeinsame Verbundenheit und in der Freude darüber auch eine Stärke.

Diese Inhalte nehme ich mit ins Bild. Aber ich stehe so da, wie ich eben da stehe, ich lache so, wie ich eben lache. Dieser Entschluss entspringt meinem Bauch – und dieser gehört mir. Und mit meinem Entschluss integriere ich mich dennoch in unsere Reihen: Die Alternative lebt durch die Eigenständigkeit der gemeindlichen Gruppierungen, unsere öffentliche Darstellung durch die Eigenständigkeit der Kandidatinnen und Kandidaten. Das bringen unsere Plakate auch rüber – denke ich. ■

Alle auf einen Blick

GR = Gemeinderat, GGR = Grosse Gemeinderat der Stadt Zug, KR = Kantonsrat, RR = Regierungsrat

14



Pia Bühler-Reich,
Jg. 71, KR,
Steinhausen



Manuela Burkart,
Jg. 63, GR,
Menzingen



Daniel Armando
Camenzind,
Jg. 71, RPK, Cham



Patrick Cotti,
Jg. 62, RR, Zug



Maria Ellend
Wittwer, Jg. 67,
GGR, Zug



Astrid Estermann,
Jg. 70,
Stadtrat + GGR, Zug



Rosemarie Fähndrich
Burger, Jg. 51,
KR, Steinhausen



Stefan Gisler,
Jg. 68, KR, Zug-
Oberwil



André Guntern-Hotz,
Jg. 61, KR, Baar



Esther Haas, Jg. 56,
KR, Cham



Stefan Hodel,
Jg. 57, GGR, Zug-
Oberwil



Andreas Hürlimann,
Jg. 82, GR + KR,
Steinhausen



Philipp Kissling,
Jg. 66, GGR + KR,
Zug-Oberwil



Brigit Landolt,
Jg. 48, KR, Zug



Anna Lustenberger-
Seitz, Jg. 54,
KR, Baar



Cornelia Mayinger,
Jg. 60, KR,
Oberägeri



Urs E. Meier,
Jg. 45, GGR, Zug-
Oberwil



Charles Meyer,
Jg. 53, GR, Cham



Philipp Röllin,
Jg. 55, KR,
Oberägeri



Natascha Ruch,
Jg. 83, GGR + KR,
Zug



Hanni Schriber-Neiger,
Jg. 59,
KR, Risch



Rupen Sivaganesan,
Jg. 81, GGR + KR, Zug



Patrick Steinle,
Jg. 71, GGR, Zug



Martin Stuber,
Jg. 57, KR, Zug



Johanna Thommen,
Jg. 63, KR, Zug



Regula Tvenge-Trüb,
Jg. 57, GR,
Menzingen



Hanspeter Uster,
Jg. 58, Ständerat,
Baar



Dorothea Wattenhofer-Reichardt,
Jg. 56, GR, Risch



Marianne Weber, Jg.
49, GR, Oberägeri



Manuela Weichelt-Picard,
Jg. 67, RR, Zug



Erwina Winiger,
Jg. 65, KR, Cham



Marianne Zehnder,
Jg. 56, GGR, Zug



Berty Zeiter-Ziegler,
Jg. 56, GR + KR,
Baar



Larissa Müller,
Jg. 84, KR, Zug



Pia Rhyner-Egloff,
Jg. 51, KR,
Menzingen



Alexandra Zvekan,
Jg. 66, KR,
Menzingen

Der grosse Sprung

Interview Martin Stuber | Bilder BULLETIN

16

«Hanspeter Uster kandidiert für den Ständerat!» Diese Meldung hat den Wahlherbst 2006 definitiv lanciert. Das BULLETIN fühlt Uster auf den Zahn. Das Gespräch wurde am 18. September 2006 geführt.

BULLETIN: Hanspeter, du hast lange gebraucht, um dich zu entscheiden?

Hanspeter Uster: Ja! Selten ist mir ein Entscheid so schwer gefallen, wie der für eine Ständeratskandidatur. Ist ein Ständeratsmandat mit unserem Familienleben vereinbar? Gelingt der Wechsel von der Exekutive in die Legislative? Und bin ich nicht zu enttäuscht, wenn es nicht klappt?

BULLETIN: Die Familie war eher dagegen?

Hanspeter Uster: Bedingung für eine Kandidatur war für mich immer, dass ich Amt und Familie miteinander so verbinden kann, dass es für meine Frau, meine beiden Söhne (8,5 und bald 11 Jahre alt) und für mich stimmt. Wir sehen nun, wie ein allfälliges Ständeratsmandat kompatibel sein kann mit unserem Familienleben und mit der Erwerbstätigkeit meiner Frau. Diese unabdingbare Voraussetzung war also erfüllt; und so entschied ich mich für eine Kandidatur. Und seit ich mich entschieden habe, habe ich das Gefühl, als hätte ich die Fenster geöffnet, plötzlich ist viel frische Luft da und die Energie, die mich zusammen mit den vielen positiven Reaktionen in den letzten Monaten trägt – und für die Wahlkampagne tragen wird!

BULLETIN: Der Sprung von der Exekutive in die – nationale! – Legislative ist gross. Was reizt dich daran?

Hanspeter Uster: Der Sprung wäre für mich kleiner, als du denkst. Mit meiner Regierungsarbeit habe ich soziale Anliegen und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrund-

lagen verbunden mit dem Einsatz für einen sauberen Finanz- und Handelsplatz – und für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Was ich im Ständerat einbringen könnte, ist die Kombination zwischen meiner klaren politische Haltung und meinen Erfahrungen aus 16 Jahren Regierungstätigkeit.

BULLETIN: Kannst du das konkretisieren?

Hanspeter Uster: Beispiel Unternehmenssteuerreform: der Ständerat will Dividenden steuerlich stärker entlasten und die Entlastung auf Aktienbesitzer mit einer mindestens zehnpromzentigen Beteiligung konzentrieren. Die Folge: Den Kantonen und den Gemeinden würde ganz konkret Geld weggenommen. Und zwar Geld, das nicht wie bei der Kosa-Initiative der AHV zugute kommt, sondern den Gemeinwesen schlichtweg fehlen würde, z.B. in der Bildung oder für die Verbilligung der Krankenkassenprämien. Nach Angaben des eidg. Finanzdepartementes geht es bei den Kantonen um Steuerausfälle von anfänglich fast einer halben Milliarde; wenn alle Kantone zudem die Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer anrechnen, müssten die Kantone gar Mindereinnahmen von einer Milliarde Franken in Kauf nehmen. Schliesslich würde gerade die Entlastung der Dividendenbesteuerung den Anreiz schaffen, dass vermehrt nicht AHV-beitragspflichtige Dividenden anstelle von beitragspflichtigem Lohn ausbezahlt würde. Das wiederum hätte nachteilige Folgen für die Finanzierung der Sozialwerke und vor allem für die AHV. Ein Beispiel aus der Bildungspolitik: Erst diesen Mai hat der Bund

mit dem neuen Bildungsartikel neue Aufgaben übernommen und müsste mehr in Bildung, Forschung und Innovation investieren. Was aber macht der Bundesrat? Statt pro Jahr zusätzlich mindestens 8%, besser 10%, in diesen für die Schweiz entscheidenden Bereich zu investieren, will er nur um 4,5% jährlich erhöhen. Das ist fatal für den Standort Schweiz, der eben nicht nur ein Finanzplatz, sondern für viele Menschen auch ein Werkplatz ist. Und Investitionen in die Berufsbildung sind ein wichtiger Motor der Integrationspolitik und der Gleichstellung von Frau und Mann.

Und einen Kürzungsantrag des Pro-Helvetia-Budgets wegen einer Hirschhorn-Ausstellung würde ich sicher nicht stellen, sondern klar dagegen antreten.

BULLETIN: Dass in Bern die Sparapostel das Sagen haben, ist ja nichts Neues. Kannst Du da etwas ändern?

Hanspeter Uster: Nun ja, Sparen ist ja nicht überall angesagt. Die beiden Zuger Ständeräte haben heute dem neuen Rüstungsprogramm von 1,5 Milliarden Franken zugestimmt und nehmen dabei in Kauf, dass die Investitionen des Bundes für Bildung, Forschung und Innovation nicht mit der notwendigen Entwicklung Schritt halten können. Denn beides kann man beim harten Sparkurs in Bern nicht haben. Die Frage ist also: Bildung statt Panzer, Forschung statt Flieger.

BULLETIN: Die nächsten Militärkredite haben aber nicht nur eine finanzielle Dimension...

Hanspeter Uster:...Ja, die Kredite für das aktuelle militärische Immobilienprogramm, insbesondere diejenigen, welche für das Integrierte Funkaufklärungssystem (IFASS) notwendig sind, haben eine eminent politische Bedeutung. Dieses IFASS ist ein Rüstungskauf in Israel, und

der schreckliche Krieg im Libanon hat gezeigt, dass alle Rüstungsgeschäfte mit dem Nahen Osten sofort gestoppt werden müssen.

BULLETIN: Du wärst der erste grüne – vielleicht besser: rotgrüne – Ständerat in Bern. Was sind Deine ökologischen Anliegen für das «Stöckli»?

Hanspeter Uster: Ich habe zum ersten Mal überhaupt eine 1. August-Rede gehalten, im kleinen Walliser Dorf Saas Balen. Dort spüren die Menschen hautnah, was es heisst, wenn die Gletscher schmelzen, die Felsen bröckeln, die Heimat buchstäblich abbricht.

Ich fragte am 1. August: Bröckelt unsere Heimat? Verlieren wir den Boden unter den Füßen? Trägt das Fundament unserer Heimat noch?

Wir müssen die Klimaveränderung stoppen; und dafür braucht es griffige Massnahmen für den Klimaschutz, und vor allem eine wirksame CO₂-Abgabe. Auch Zugsgrösster Arbeitgeber, die Siemens, steht klar hinter der CO₂-Abgabe; denn die schafft Anreize zum Energiesparen, und sie schafft Arbeitsplätze auf dem Werkplatz Zug. Umweltpolitik ist also immer auch Wirtschafts- und Sozialpolitik! Diese Perspektive fehlt im Ständerat weitgehend.

BULLETIN: Hast Du in Saas-Balen auch die aktuellen Abstimmungsthemen aufgegriffen?

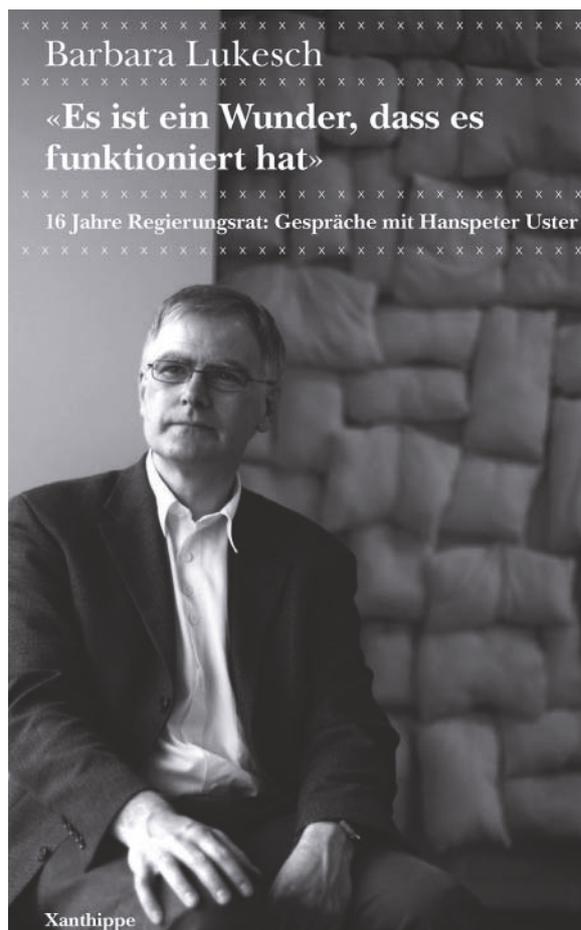
Hanspeter Uster: Ich habe die Bürgerrechte mit einem weiteren Felsen erwähnt, der zu bröckeln droht: Es ist der Fels unserer humanitären Tradition. Was besonders stossend ist: Gerade die, welche die Asylgesetzrevision zu einer Sicherheitsfrage machen, gerade die, welche den Staatsschutz ausbauen wollen mit präventivem Telefonabhören und schweren Eingriffen in die Bürgerrechte, sie unternehmen dann aber nichts gegen die Bedro-

hung der inneren Sicherheit durch private Schusswaffen, wehren sich gegen jede Verbesserung. Es braucht im Ständerat den klaren Einsatz für ein verschärftes Waffengesetz, für ein zentrales Waffenregister, und Ordonnanzwaffen gehören ins Zeughaus und nicht nach Hause. Jedes Jahr sterben in der Schweiz Menschen, meistens Frauen und Kinder, weil andere Menschen, meistens Männer, oft im Affekt viel zu schnell zu einer Schusswaffe greifen können.

BULLETIN: Du hast in Bundesbern ja schon einige Mandate wahrgenommen.

Hanspeter Uster: Der Auftrag von BR Blocher, eine Situationsanalyse über den Stand der Strafverfolgung auf Bundesebene zu erstellen, hat mir einen vertieften Einblick in dieses Thema verschafft.

Ein weiteres Beispiel: In den letzten Wochen war von exorbitanten Privatvermögen von Pensionskassenverwaltern zu hören, im Zusammenhang mit möglichen Insidergeschäften bei der Übernahme einer Bank. Bereits vor drei Jahren habe ich für die bessere Bekämpfung von Insiderdelikten als Präsident einer Arbeitsgruppe der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz dem Bund ein Paket mit Vorschlägen übergeben, wie die Insiderstrafnorm verschärft werden kann. Passiert ist bis jetzt nichts: Ich glaube, ich



Am 2. Oktober erscheint das Buch über Hanspeter Uster.

muss selber in Bern nachschauen gehen, damit es mit dieser Vorlage weitergeht.

BULLETIN: Wie gross schätzt Du die Chance ein, das tun zu können?

Hanspeter Uster: Meine Chancen sind intakt, und ich staune immer wieder, wie viele Menschen, die normalerweise nicht zwingend rotgrün wählen, mir ihre Stimmen geben wollen.

BULLETIN: Wir drücken die Daumen! ■

Privatstrassen fürs Velo öffnen

Astrid Estermann, Präsidentin IG Velo, Zug | Bild IG Velo

18

Im Velowegnetz der Stadt Zug existieren noch mehrere grössere Lücken. Unter anderem sind einige Privatstrassen mit einem allgemeinen Fahrverbot belegt. Die IG Velo Zug will diese fürs Velo öffnen.

In der Stadt Zug gibt es diverse Privatstrassen, welche mit einem totalen Fahrverbot belegt sind. Nur Anwohner haben das Fahrrecht. Zum Teil handelt es sich bei diesen Strassen um wichtige Verbindungswege für Schülerinnen und Schüler. Die Strassenabschnitte werden deshalb oft trotzdem von den Velofahrenden benutzt. Unseres Wissens werden nur selten Bussen verteilt, die IG Velo Zug würde es aber begrüssen, wenn die Privatstrassen legal befahren werden könnten. Wir gelangten deshalb mit einem Schreiben an Bewohner von Privatstrassen, um sie nach deren Meinung zu fragen.

Hertistrasse und Landhausweg

Von zwölf Eigentümern an der Hertistrasse haben uns acht ihre Meinung kundgetan. Eine Person war mit der Öffnung der Privatstrasse einverstanden, wenn die Zufahrt und das Parken vor dem Haus gewährleistet bleiben. Alle anderen äusserten sich negativ und begründeten dies damit, dass es schon genügend Radwege gebe, die Strasse zu schmal sei oder dass es sich um elegant verdeckte Enteignungsabsichten der Stadt Zug handle. Geteilte Meinung herrscht am Landhausweg. Die Rückmeldungen von sechs Besitzern waren kontrovers: zwei sind dafür, zwei dagegen und zwei wollten kontaktiert werden. Die Abklärungen mit den Eigentümern nehmen noch einige Zeit in Anspruch. Insbesondere stellt sich die Frage, wie weit ein Fahrwegrecht errichtet werden könnte, ohne dass eine entsprechende Änderung im Grundbuch erfolgen müsste.

Oberwiler Kirchweg bald offen

Die privaten Eigentümer des Oberwiler Kirchwegs gelangten an das

Kantonsgerichtspräsidium Zug mit dem Wunsch, das bestehende allgemeine Fahrverbot gerichtlich festzusetzen. In solchen Fällen wird das Polizeiamt zur Stellungnahme eingeladen. Es empfahl eine Signalisation, welche das Velofahren gestattet. Dieser Vorschlag stiess bei den Privateigentümern nicht zum Vornherein auf Abneigung. Sie äusserten Sicherheitsbedenken und verlangten eine Studie.

Die Eigentümer sind mit den gemachten Vorschlägen der Studie einverstanden. Nebst der Signalisation eines Verbotes für Motorwagen, -räder und Mofas («Dreiteiler»), ist der Einbau von Trottoirüberfahrten vorgesehen. Sobald die letzten Verhandlungen abgeschlossen sind, wird der Stadtrat über die neue Signalisation befinden.

Ende des Chaos am Bahnhof Zug

Die Veloabstellplätze am Bahnhof Zug sind kein Vorzeigeprojekt. Zu häufig werden dort Velos demoliert oder Schrottelos entsorgt. Bisher kümmerte sich kaum jemand darum. Das soll sich jetzt ändern. An der Sitzung vom 16. November 2004 lehnte der Grosse Gemeinderat überraschend den Kredit für den Bau einer Velostation ab. Seither hat sich die Situation am Bahnhof jedoch nicht verbessert. Der Stadtrat

von Zug hat zusammen mit der SBB deshalb beschlossen, die Bewirtschaftung der Veloabstellplätze einzuführen. Angestellte der Gemeinnützigen Gesellschaft Zug schreiten die Veloabstellplätze wöchentlich ab. Sie stellen umgeworfene Velos korrekt in die Veloständer und parkieren falsch abgestellte Velos um. Dabei achten sie auf Fahrräder, bei welchen der Verdacht besteht, dass sie seit längerer Zeit nicht mehr benutzt werden. Sie werden mit der Datenbank der Polizei verglichen und allenfalls entfernt. Auf Tafeln wird auf die Regelung aufmerksam gemacht, dass Fahrzeuge nicht länger als drei Monate unbenutzt abgestellt werden dürfen. Die jährlichen Kosten von Fr. 5'380.00 für die Bewirtschaftung teilen sich die Stadt und die SBB hälftig. Es ist zu hoffen, dass die Ordnung mit der konsequenten Räumung verbessert wird und weniger Anreiz zu Vandalismus besteht. Eine Velostation ersetzt die Bewirtschaftung sicher nicht. Die IG Velo Zug ist nochmals mit dem Anliegen für eine sicherere Veloabstellanlage an die SBB gelangt. Leider sind aber weder die SBB noch die Stadt Zug bereit, im Moment weitere Massnahmen fürs Velo am Bahnhof vorzukehren. ■



Die Abklärungen mit den Eigentümern nehmen noch einige Zeit in Anspruch.

Bon anniversaire

Christian Wattenhofer, Vorstand Alternative Zug | Bilder Christian Wattenhofer

Bis 1986 war die politische Landschaft in der Gemeinde Risch mit nur zwei Parteien besetzt, nämlich mit der CVP und den Liberalen. Alsdann fanden sich ein gutes Dutzend Leute zusammen mit dem Ziel, eine dritte politische Kraft zu etablieren. Bezeichnend für das Eisenbahnerdorf Rotkreuz, aber auch als politisches Programm gab sich die neue Kraft den Namen «Gleis 3» als politische Arbeitsgruppe.

«Themenbereiche wie Umwelt, Verkehr, Energie, Ortsgestaltung und Gemeinschaft sind uns sehr wichtig», hiess es in der ersten Medienmitteilung des frisch gegründeten Gleis 3. Erste Erfolge waren die Einsetzung einer Umweltkommission und auch die Abfallbewirtschaftung. Mit der Einführung der Abfallsack-Gebühr leistete die Gemeinde Risch im Kanton Pionierarbeit. Auch eine Motion zur Verbesserung der Radwege im Kanton Zug gehörte zum Startprogramm.

Seit 1986 war Gleis 3 bereit, im Gemeinderat mit Thomas Kumpere Verantwortung zu übernehmen. Er erlangte als 21-jähriger weit herum Beachtung. Mit Urs Hausherr wurde 1990 der erste Gleiser in den Kantonsrat gewählt.

Gleis 3 - ein sicherer Wert

Anlässlich des Dorfmarktes vom 26. August 2006 feierten die Mitglieder und Sympathisanten mit der Rischer Dorfbevölkerung den 20. Geburtstag. Der Anlass fand viel

Beachtung und zog, nicht nur des schönen Wetters wegen, viele Leute auf den Rotkreuzer Dorfmarktplatz. In ihrer gewohnt prägnanten Rede beteuerte die Parteichefin Hanni Schriber-Neiger, dass Gleis 3 auch weiterhin zur Meinungsbildung in der Gemeinde Risch beitragen werde und die Sozial-, Umwelt- und Bildungsanliegen der Bevölkerung von Risch aufnehmen will.

Heute ist Gleis 3 Alternative Risch ein sicherer Wert in der politischen Landschaft. Zu den Wahlen stellen sich zwei Kandidatinnen zur Verfügung: Dorothea Wattenhofer-Reichardt, die für eine zweite Legislatur für den Rischer Gemeinderat kandidiert, und Hanni Schriber-Neiger, welche ihre engagierten Ansichten neu in den Zuger Kantonsrat einbringen will. ■



Risse im Lügengebäude

Martin Stuber, BULLETIN-Redaktor | Illustrationen BULLETIN und Internet

20

Fünf Jahre nach den Anschlägen auf die Twin Towers und das Pentagon ist vor allem eines klar: Der von der US-Regierung seither entfesselte, so genannte «war on terror» produziert ein Desaster nach dem anderen – Afghanistan, Irak, Libanon. Der Krieg gegen den Iran steht vor der Tür und nun wankt auch die offizielle Deutung der Anschläge vom 11. September 2001.

Kurz vor dem Anschlag am 11. September habe ich das Buch von James Bamford über die National Security Agency (NSA) gelesen. Darin beschrieben wird unter anderem die Operation «Northwood». 1962, nach der gescheiterten Schweinebuchtinvasion, entwarf das US-Militär eine verdeckte Operation mit einem angeblich von Fidel Castro über Kuba abgeschossenen Passagierflugzeug und diversen blutigen Terroranschlägen in den USA selber, die Castro in die Schuhe geschoben worden wären. Ziel der Operation war, die Begründung für eine grossangelegte militärische

Invasion von Kuba und die Beseitigung der Regierung von Castro zu liefern. Erst Kennedy stoppte Operation «Northwood» – die Risiken schienen ihm zu gross. Dank dem Freedom of Information Act (FOIA) sind die Dokumente heute zugänglich, der Plan auf dem Internet abrufbar.*

9/11 = Operation «Northwood»?

Als ich die einstürzenden Towers sah, war Operation «Northwood» tatsächlich mein erster Gedanke. Der zweite Gedanke: Wie lange dauert es, bis Bush den Osama Bin Laden als Täter nennt. Und der

dritte Gedanke: Was wird die Bush-Administration damit anfangen? Afghanistan und direktes militärisches Eingreifen im mittleren Osten lag nahe. Nach der Lektüre des Buches des Schweizer Historikers Daniele Ganser über die geheimen NATO-Armeen (vgl. BULLETIN Nr. 3/2005) ist klar, dass diese Dienste wenig Grenzen in Sachen Staatsterror kennen. Und so stellte sich automatisch die Frage: Ist es völlig abstrus, sich eine Verwicklung der US-Regierung in die 9/11 Anschläge vorzustellen?

Wie weit geht die US-Regierung?

1962 hat General Lemnitzer das Versenken von Flüchtlingsschiffen, das Sprengen von Flugzeugen, Anschläge auf unschuldige Zivilisten in Florida etc. geplant, ohne jede moralische Grenzen, und erst seine Vorgesetzten haben ihn schliess-

Iran – der Build-up läuft

Inzwischen benötigt die US-Regierung keinen Vorwand wie 9/11 mehr, um ein Land anzugreifen. Ganz offen wird in den U.S.-Medien über den kommenden Krieg gegen den Iran spekuliert. Weshalb geht es jetzt gegen den Iran?

Der Irak verfügt nach Saudi-Arabien über die grössten leicht förderbaren Erdölreserven. Zudem grenzt er im Süden direkt an Kuwait, das buchstäblich auf einer riesigen Ölblase sitzt und an Saudi Arabien, dessen grösste Ölfelder in der Nähe des Iraks liegen.

Der Iran hat weniger Öl, dafür aber die zweitgrössten bekannten Erdgasvorkommen der Welt. Was den Iran für die Suche der US-Regierung nach der Kontrolle über die fossilen Energievorkommen aber viel wichtiger macht, ist dessen geostrategische Lage. Ein Blick auf die Landkarte zeigt dies. Wir reden über die

Kontrolle des Zuganges zum persischen Golf, der wichtigste Tankerroute der Welt. Über den im Norden angrenzenden Kaspischen See mit seinen grossen vermuteten Vorkommen von Öl und Gas. Über einen Zugang zu den zentralasiatischen Öl- und Gasvorkommen, der nicht über Russland oder China führt. Über Pipelinerouten. Und nicht zuletzt über das bevölkerungsreichste Land in diesem Energie-Triangel. Et was anderes als ein US-freundliches – oder noch besser: US-höriges Regime – kommt für die Neocons in Washington nicht in Frage. Das ist der Hintergrund für die nun laufende Kampagne gegen die iranische Regierung. Es geht höchstens in dritter Linie um die nuklearen Pläne von Teheran. Es geht um einen Regimewechsel und um die Zerstörung der militärischen und ökonomischen Kapazitäten des Irans. Wir sind derzeit Zeuge des gleichen

systematischen propagandistischen Build-ups gegen den Iran wie im Winter 2002 bis Frühling 2003 gegen den Irak. Bei der momentanen Weltlage können den Angriff auf den Iran wohl nur die Wählerinnen und Wähler in den USA und die US-Friedensbewegung verhindern. Erstere, indem sie bei den Wahlen den Republikanern die Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus wegnehmen und letztere, indem sie so viel Druck auf die Demokraten ausüben, dass diese die informell schon gegebene Zusicherung einer Unterstützung eines Krieges gegen den Iran zurückziehen (vgl. hierzu den Artikel des bekanntesten und bald letzten grossen US-Enthüllungsjournalisten Seymour Hersh im «New Yorker» vom 17.4.2006).

Einen guten Überblick über die Kriegsvorbereitungen und den ideologischen Build-up liefert <http://www.globalresearch.ca/>.



Das kennt die Welt...



...das praktisch nicht!

lich gestoppt. Alles mit dem Ziel, Castro abzuräumen.

Die Frage ist, zu was war die US-Regierung bereit, um Saddam Hussein abzuräumen? Wir wissen heute, dass die Administration Bush gleich nach Amtsantritt die militärischen Pläne zur Invasion des Iraks hat ausarbeiten lassen. Das Ziel ist inzwischen einer Mehrheit der Weltbevölkerung klar: die Kontrolle über die gigantischen fossilen Energieressourcen des Nahen Ostens und von Zentralasien (vgl. dazu den Artikel «Der furchtbare Anfang vom langsamen Ende» im BULLETIN Nr. 1/2003).

Der perfekte Vorwand ...

Der 11. September lieferte den perfekten Vorwand für diese Pläne. Die immer und immer wieder gezeigten hypnotisierenden Bilder der einstürzenden Twin Towers lieferten den faktischen Background für eine beispiellose Regierungs-Propagandakampagne in den USA, die darin gipfelte, dass vor der Invasion des Iraks im März 2003 eine Mehrheit der US-Bevölkerung tatsächlich glaubte, Saddam Hussein stecke hinter dem Anschlag. In keinem anderen Land der Welt glaubten die Leute diesen Unsinn, der kürzlich sogar durch eine offizielle Untersuchungskommission des US-Parlamentes widerlegt wurde!

... oder mehr als nur Vorwand?

Was aber passierte am 11. September tatsächlich? Wir wissen es noch immer nicht, und nur wenige Wissenschaftler setzen sich in der Schweiz kritisch mit den komplizierten 9/11-Daten auseinander. Darunter der Historiker Daniele Ganser, der im Sommer 2005 ein Seminar an der Uni Zürich zum Thema anbot und mit den Studenten

den offiziellen Untersuchungsbericht des US-Kongresses unter die Lupe nahm. Der sogenannte «Kean-Report» erschien im Sommer 2004. Im Laufe des Seminars tauchten verschiedene Ungereimtheiten und Fragen auf, wie Ganser in Interviews erklärte. Der Kean Report sei aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar. Man müsse den 11. September weiter untersuchen.

Der andere 11. September

Der 11. September bedeutet in Chile eine noch weit grössere Katastrophe als 9/11 in den USA. Am 11. September 1973 übernahm eine brutale Militärjunta unter General Pinochet in Chile die Macht. Der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende beging Selbstmord, um nicht als Geisel in die Hände der Militärs zu fallen. Einer für Chile beispiellos blutigen Repressionswelle fielen mehr als 30'000 Menschen zum Opfer. Die Operation wurde unter der Anleitung des US-Geheimdienstes CIA und mit logistischer Unterstützung durch das US-Militär durchgeführt. Im Hintergrund zog Aussenminister Henry Kissinger die Fäden. Unter dem unschuldigen Namen «Schools of the Americas» führte

die US-Regierung in Fort Benning, Georgia, während Jahrzehnten eine Ausbildungsstätte für Offiziere, in der vor allem eines gelehrt wurde: Unterdrückung in allen denkbaren Formen. Über 60'000 Absolventen füllten die Reihen der Putsch-Offiziere und Folterknechte latein-amerikanischer Diktaturen. Zum Unterrichtsstoff dieser Terroristen-schule gehörten laut Washington Post Exekutionen, Erpressungen, Misshandlungen und Nötigungen, wie die US-amerikanische Geheimdienst-Überwachungsbehörde unter Präsident Bill Clinton 1996 eingestand und die Einrichtung daraufhin schloss. Kurz darauf wurde das Ausbildungscamp unter dem Namen «Western Hemisphere Institute for Security Cooperation» wieder eröffnet.



Mit dem 5. Jahrestag wurde das lange Schweigen in der Schweizer Presse zu den wachsenden Zweifeln an der offiziellen 9/11-Version endlich gebrochen. Der Blick brachte es sogar auf der Titelseite. Grossen Anteil daran haben der unerschrockene Universitätsprofessor Albert Stahel und der den BULLETIN-LeserInnen bekannte Historiker Daniele Ganser. Siehe auch www.danieleganser.ch

Drei Verschwörungstheorien

Ganser untersuchte mit seinen StudentInnen drei Verschwörungstheorien:

- Surprise – die USA wurden einfach überrascht und konnten den Anschlag nicht verhindern. Das ist die offizielle Theorie – die auch von einer Verschwörung aus geht. Diese wird im Kean Report als die Wahrheit angepriesen.
- Let it happen on purpose (LIHOP) – die Regierung wusste, was kommt, hat es aber nicht verhindert, weil es in ihre politischen und militärischen Pläne passte.
- Make it happen on purpose (MIHOP) – die Regierung – oder ein Zirkel in der Regierung - hat es auf die eine oder andere Art selber inszeniert, um ihre politischen und militärischen Pläne umsetzen zu können. Analog zur erwähnten Operation «Northwood». Während im Internet die zum Teil verrücktesten Verschwörungstheorien

zirkulieren, gibt es meines Erachtens doch eine Reihe von erwiesenen Fakten, welche eher in Richtung MIHOP weisen und schwerwiegende Fragen aufwerfen:

- der erbitterte Widerstand der Bush-Administration gegen eine Untersuchung. Erst der massive öffentliche Druck durch Angehörige von Opfern des Einsturzes der Twin Towers zwang Bush, eine Untersuchungskommission zu akzeptieren.** Auf die Einsetzung der Kommission folgte die systematische Behinderung der Untersuchung und die Beschränkung des Budgets (für die Untersuchung von Clintons sexuellem Verhalten gegenüber einer Praktikantin wurde vier mal so viel Geld ausgegeben – no joke!). Schliesslich entschärfte er mit der Positionierung von Philipp Zelikov auf den Schlüsselposten des Sekretärs die Kommission definitiv. Der Bush-Mann Zelikov steuerte den Ablauf der Kommissionsarbeit

und kontrollierte die Redaktion des Kean-Reports, der denn auch entsprechend wenig zur Aufklärung beitrug.

- die am 11. September durchgeführten «war games», die lange Zeit verschwiegen wurden. Am 11. September 2001 hat das Pentagon grossangelegte Kriegsspiele durchgeführt, welche genau das, was an diesem Tage tatsächlich passiert ist, simuliert haben. Diese «war games» haben das NORAD (North american aerospace defense command) geschwächt. Das NORAD ist die militärische Luftraumüberwachung der USA – die beste, am weitesten entwickelte Luftraumüberwachung auf diesem Planeten. Der Kean-Report hat sich gar nicht mit den «war games» beschäftigt, obwohl zu dieser Zeit schon offiziell bestätigt war, dass sie stattgefunden hatten. Im US-Kongress weigerte sich Verteidigungsminister Rumsfeld, Fragen zu den war games öffentlich zu beantworten.

- die Operation «able danger». Able danger bezeichnet die Beschattung – oder «Begleitung» – des offiziell als 9/11-Mastermind bezeichneten Mohammed Atta und anderer Terroristen durch das SOCOM schon seit dem Jahr 2000. SOCOM steht für «Special operations command». Eine Filiale des Pentagon, welche für verdeckte Operationen zuständig ist. Die Frage ist: Hat der Kean-Report diese Operation unterschlagen oder wusste er nichts davon? Zuerst sagten die Verantwortlichen, sie hätten nichts davon gewusst. Inzwischen ist aber im US Kongress bewiesen worden, dass sie davon wussten und die Tatsachen bewusst unterschlagen haben. Der angebliche Haupttäter Mohammed Atta war also bekannt und wurde beschattet - das wirft fundamentale Fragen auf, die bis heute nicht beantwortet sind.

- das World Trade Center 7 (WTC 7), das Gebäude neben den Twin

Towers, dessen Einsturz von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. WTC 7 war ein 47-stöckiger, riesiger Wolkenkratzer von 170 Metern Höhe, in den kein Flugzeug eingeschlagen ist – und trotzdem sackte er am Nachmittag des 11. Septembers um 17:00 innerhalb von 8 Sekunden zusammen. Dieses Gebäude ist mit allergrösster Wahrscheinlichkeit gesprengt worden! Das ist aus den wenigen vorliegenden Videoaufnahmen klar ersichtlich und wird von Experten für «controlled demolition» bestätigt. Andere Experten behaupten, ein Feuer habe WTC 7 zum Einsturz gebracht. Auf Fotos sieht man aber nur sehr kleine Feuer. Bis heute haben wesentlich grössere Feuer noch nie einen Wolkenkratzer mit ähnlicher Stahlkonstruktion zum Einsturz gebracht.

Die Wahrheit muss ans Licht

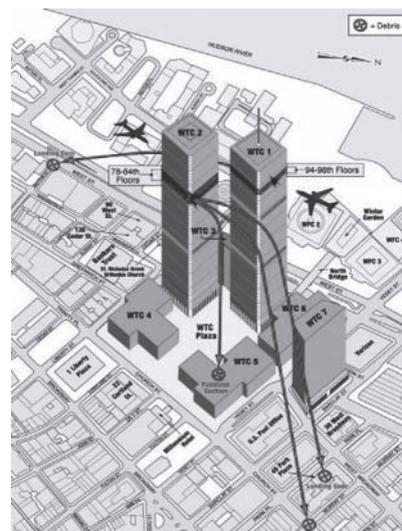
Damit die Wahrheit über den 11. September 2001 ans Licht kommt, braucht es wohl eine internationale Untersuchung, die allen offenen Fragen rückhaltlos nachgeht. Die US-Regierung wird sicher keine neue Untersuchung in die Wege leiten. Dann bliebe nur noch der Kongress oder der Senat – aber dort sind es nur ganz wenige, welche die offizielle Version anzweifeln und nicht aufhören, Fragen zu stellen. Da die Folgen von 9/11 aber buchstäblich die ganze Welt direkt und schwerwiegend betreffen, ist eine internationale Untersuchung mehr als gerechtfertigt. Sie ist sogar dringend nötig!

Es müsste wohl eine Kommission von unabhängigen Wissenschaftlern, Spezialisten und Politikern sein. Das Mandat dazu wird sicher nicht von den USA kommen, aufgrund der derzeitigen globalen Machtverhältnisse auch kaum von einem anderen Staat oder der UNO. Es könnte sich z.B. rund um David Ray Griffin formieren, dem

vielleicht renommiertesten 9/11-Forscher. Der US-Professor hat den Kean-Report akribisch zerlegt und als Schlussfolgerung eine internationale Wahrheitskommission gefordert. Auch Daniele Ganser, vermutlich der beste Kenner der 9/11-Materie in der Schweiz, hat unlängst in Interviews zum fünften Jahrestag der Anschläge eine neue 9/11-Untersuchung gefordert. Frau Calmy-Rey – übernehmen Sie! ■

**<http://www.gwu.edu/%7Eensarchiv/news/20010430/>*

*** Im anderthalbstündigen Video «911 Press for Truth» wird der Kampf der Angehörigenbewegung für eine offizielle Untersuchung von 9/11 eindrücklich dokumentiert. Als Google-Video herunterladbar - in Google einfach «911 Press for Truth» eingeben.*



Die Situation auf dem WTC Gelände. Wieso sollte das WTC 7 einstürzen?

Zwei unverzichtbare Bücher

Wer sich ein Bild über die Aktivitäten der US-Geheimdienste machen will, kommt um das Buch von James Bamford über die National Security Agency (NSA) nicht herum. Die NSA ist mit derzeit rund 60'000 Angestellten der grösste der 15 US-Geheimdienste und befasst sich mit dem Zusammentragen von vertraulichen Informationen für die US-Regierung. Sie betreibt auch ein spezielles, geheimes Fernsehprogramm für die Regierung, damit diese weiss, was tatsächlich läuft auf dieser Welt. Denn das erfährt sie in CNN und Fox News nicht ...

Die NSA hört einen grossen Teil der globalen Telekommunikation ab und arbeitet mit verschiedenen eng befreundeten Diensten zusammen (v.a. Grossbritannien, Australien, Neuseeland). Sie betreibt unter anderem das in der Öffentlichkeit inzwischen bekannt gewordene Echelon-Satellitenabhöhrnetz, das global alle privaten Emails, Faxes

und Telefonate überwacht und mit Schlagwörtern durchsucht. Wie unlängst bekannt wurde, überwacht zudem der Geheimdienst CIA fast alle Banktransaktionen, nachdem die Daten der Finanzdrehzscheibe SWIFT nach dem 11. September 2001 im Namen der Terrorbekämpfung der CIA zugänglich gemacht wurden.

Deutsche Ausgabe: James Bamford, NSA – Die Anatomie des mächtigsten Geheimdienstes der Welt. Goldmann Verlag, 2002, ISBN 3-442-15151-1.

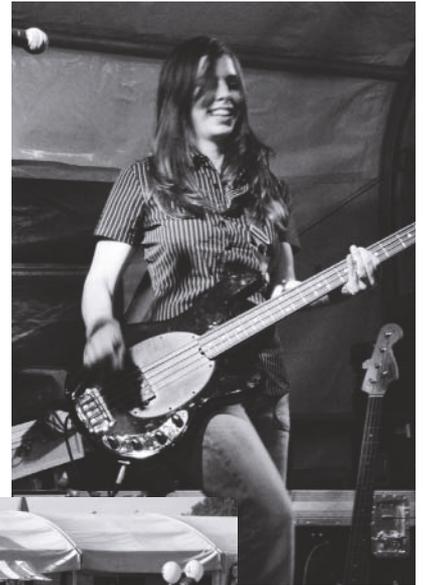
Das andere Basis-Buch zum Thema US-Aussenpolitik stammt von William Blum: Es beschreibt alle wichtigen US-Operationen ausserhalb der USA, welche der CIA und seine Unterdienste sowie die US-Militärs offen oder verdeckt seit dem zweiten Weltkrieg durchgeführt haben. Leider ist das Buch noch nicht auf Deutsch erhältlich. Auf <http://www.killinghope.org/> sind einige Kapitel in extenso zu finden.

Ohne Schweiss kein Preis

Natalie Chiodi, Redaktorin BULLETIN | Bilder Adelina Odermatt

24

Am 9. September versammelten sich die Alternativen des Kantons Zug zu einem Anlass, der ein fixer Termin im Parteienkalender darstellt. Dem in den Wahljahren wiederkehrenden Sponsoringfest. Es wurde gespiesen, getrunken und die Frauen-Band «The Delilhas» spielte auf. Im Besonderen aber wurde gerannt, mit den Pedalos durch das Wasser gepflügt sowie die Inlines beschleunigt, um sie bei der nächsten Kurve wieder zu bremsen. Dabei wurde Geld gesammelt, einige hoffentlich harmlose Blessuren geholt und Schweiss produziert. Mit diesem Kraftakt sichert sich die Alternative Kanton Zug die Finanzierung der Wahlkampagne. Allen HelferInnen und AthletInnen ein grosses Dankeschön.



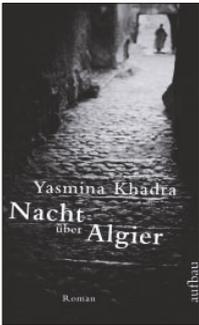


Büchermail

**Ulla Schiesser, Zug
Lorenz Gerber,
Unterägeri**

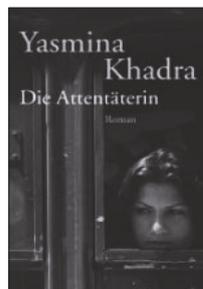
Liebe Ulla

Der Mann ist eigentlich eine Frau oder, wenn du lieber willst, die Frau eigentlich ein Mann. Ich spreche von Yasmina Khadra, die eigentlich Mohammed Moulessehoul heisst, Algerier ist und in Paris im Exil lebt. Warum er aus seinem Herkunftsland flüchten musste, wird in «Nacht über Algier» schnell klar: Die Krimihandlung ist in Tat und Wahrheit scho-



nungslose und offene Kritik an den politischen Zuständen in Algerien. Trotzdem ist der Roman eine eigentliche Liebeserklärung an seine Heimat. Die farbigen, gefühlsintensiven Beschreibungen sind unglaublich präzise, man kann sich ihrer Wirkung kaum entziehen. Das Buch beschreibt nicht einfach, nein, es riecht, weint, singt oder leidet: «Feiner Regen tröpfelt auf die Stadt, und ein zaghafter Wind stösst sich an den Klagemauern, zu denen unsere Stadtwälle geworden sind. Ein

leichter Nebel breitet sein schmutziges Laken an der Strassenecke aus. Als habe sich alle Niedergeschlagenheit der Welt bei uns ein Stelldichein gegeben, um unsere Moral zu untergraben. [...] Würde der Regen nicht auf die aufgeschlitzten Müllsäcke prasseln, könnte man sogar den Teufel schnarchen hören.» In diesen hässlich-schönen Strassen Algiers ermittelt der stets melancholische Kommissar Llob, der so wunderbar ordinär und gentlemanlike zugleich sein kann. Ich bin sicher, Ulla, er wird dir gefallen... Erst vor kurzem ist Khadras neuestes Werk erschienen: Die Attentäterin. Kein



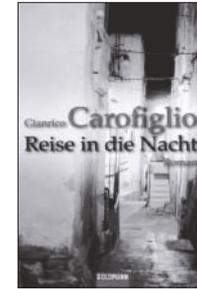
Krimi, sondern die literarische Annäherung an das Thema Terrorismus. Der angepasste, zu Wohlstand und Ansehen gekommene palästinensische Israeli Amin Jaafari behandelt als Arzt in der Notaufnahme eines Krankenhauses in Tel Aviv die Opfer eines Selbstmordattentats. Ein Anruf holt ihn aus dem Operationssaal und die Polizei eröffnet ihm, dass seine Frau die mutmassliche Attentäterin sei. Und es beginnt für den Arzt ein wahrer Albtraum zurück in die verdrängte Vergan-

genheit der palästinensischen Flüchtlingslager, wo die Hoffnungslosigkeit und der Extremismus gewöhnliche Menschen zu Terroristen werden lassen. Als der Schock über den Verlust und die schreckliche Wahrheit etwas nachlässt, macht sich Amin auf, die letzten Tage im Leben seiner Frau nachzustellen, um einen Sinn in ihrer scheinbar sinnlosen Tat zu erkennen. Doch auf die Frage, warum Selbstmordattentäter sich und andere töten, findet die Hauptfigur keine Antwort. «Ich glaube, dass selbst der routinierteste Terrorist nicht wirklich weiss, was mit ihm passiert. Und es kann jedem passieren. Irgendwo im Unterbewussten macht es klick, und schon geht's los. [...] Entweder es fällt dir wie ein Ziegelstein auf den Kopf, oder es frisst sich in dir fest wie ein Bandwurm. Danach siehst du die Welt mit anderen Augen.» Khadra gibt auf ungewöhnlich direkte Weise Einblicke in die islamische Welt und geht den Gründen für Radikalismus und Terror nach. Verstörend und beeindruckend zugleich.

Lieber Lorenz

danke, dass du meinem Stapel neben dem Bett zwei weitere Titel hinzufügst. Es gibt nämlich nur eine taugliche Therapie gegen Herbstmelancholie an Regensonntagen: Früh aufstehen, aber nur, um gleich wieder mit einer grossen Tasse Milchkafee unter die Decken zu krie-

chen. So hab ich kürzlich in der Frühe Gianrico Carofiglios Gerichtskrimi «Reise in die Nacht» zur



Hand genommen und bin abgetaucht in die gradlinig erzählte, spannende Geschichte. Der Protagonist, ein italienischer Rechtsanwalt, frisch geschieden, gequält von Panikattacken und Lebensüberdruß, übernimmt die Verteidigung eines senegalesischen Immigranten, der des Kindsmordes angeklagt ist. Der Fall scheint aussichtslos: Erdrückende Indizien, rassistische Vorurteile, eine voreingenommene Justiz. Guido Guerrieri kämpft um seinen Klienten, damit auch gegen seinen eigenen Zynismus und die Leere in seinem Leben. Der Autor ist als Antimafia-Staatsanwalt in Bari tätig und ein profunder Kenner des italienischen Rechtssystems. Er hat ein Anliegen und das merkt man beim Lesen und ich mag das. Sehr sogar. Bis bald. Ulla

Literaturangaben

Khadra, Yasmina: Nacht über Algier. Aufbau-Verlag
Khadra, Yasmina: Die Attentäterin. Nagel & Kimche
Carofiglio, Gianrico: Reise in die Nacht. Goldmann



26

Fliz-Programm im
Kino Gotthard

**Montag ,9.Oktober 06,
20.00 Uhr:**



**SEASON OF THE
HORSE** – von *Ning Cai*,
*Innere Mongolei/China
2005*

Das überzeugende Portrait einer mongolischen Hirtenfamilie zwischen Tradition und Moderne. Eine Ode an eine uralte Kultur und endlose Landschaften zeigen gleichzeitig die Situation der Nomaden auf, deren Leben unter politischen und ökologischen Veränderungen immer schwieriger wird. Ein Beitrag zum diesjährigen Jubiläum 800 Jahre Dschingis Khan und die Einigung der mongolischen Stämme. In Anwesenheit von Nathalie und Hatu Bao.



**Montag, 6. November 06,
20.00 Uhr**

MADEINUSA – von *Claudia Llosa*, *Peru 2006*
Osterfestzeit in einem peruanischen, abgele-

genen Andendorf, die alle kulturellen Widersprüche aufzeigt: Die von den Spaniern exportierte katholische Religion und die autochthone Religiosität der Inka-Nachkommen vermischen sich in karnevalsähnlichen Ritualen. Das Mädchen Madeinusa, so ihr Name, die als «hl. Jungfrau» für das Fest erwählt wird, möchte die Gelegenheit nutzen, die ihr ein Fremder beschert, um der Enge und Tristesse des Dorfes zu entkommen. Der preisgekrönte Debutfilm von Claudia Llosa, einer Nichte des bekannten Schriftstellers Mario Vargas Llosa. Claudia Llosa ist anwesend!



Ende Nov. oder Dez. 06 ist noch unsicher; geplant ist ein Afrikaschwerpunkt mit verschiedenen Filmen (im Sinne von erweiterten «magischen Augenblicken»).



Bieri: «Als Ständerat setze ich mich dafür ein, jenseits polarisierender und ideologischer Strömungen konstruktive, fortschrittliche und mehrheitsfähige Lösungen zu finden.» Vor allem das «fortschrittlich» hat der **Hirschhorn** zu spüren bekommen.

«Freude am Fortschritt» haben «Wir Liberalen». Wie dieser Fortschritt aussieht, hat die **Präsidentin der Schweizer Jungfreisinnigen** kürzlich im Tagi erklärt: «Rentenalter 70, vollständiger Abbau der Agrarsubventionen» und möglichst weit weg mit dem Sozialstaat, denn «der verführt nur zur Faulheit». «Freude am Fortschritt» à la FDP haben auch die 8300 Mitglieder der kantonalen Pensionskasse. Am 29. Oktober werden wir ausrechnen können, wie viele Wählende die FDP bei diesen 8300 hatte.

Wie stark bibbern die beiden **bürgerlichen Ständeräte**? Sehr stark! So stark, dass nun sogar mit einem sehr breit verschickten Brief gebettelt wird, mit öffentlicher Namensnennung für die beiden zu werben. Mit dem dezenten Hinweis: «Finanzielle Verpflichtungen entstehen Ihnen dadurch nicht.»

Wahrscheinlich kommt es gleich heraus wie bei den Namensinseraten für «unseren Stadtpräsidenten» **Ulrich Straub:** interessant ist vor allem, wer alles – den konzertierten bür-

gerlichen Anstrengung zum Trotz – nicht auf der Liste steht. Meinte eine linksgrün Angehauchte: «Also ich finde diese Namensinserte praktisch – da kann ich nachschauen, wen ich sicher nicht panaschiere.»

Ausser im Inseratemarkt hat die **Zuger SVP** zwar nicht viel bewegt, aber eines hat sie geschafft: der Begriff «bürgerlich» wird im parteibürgerlichen Establishment mit «nicht links» und «nicht grün» definiert. In diese bürgerliche Falle sind SVP und CVP in der Stadt Zug nun selber getrampt: sie betreiben Wahlunterstützung für die FDP. Straub wird das zwar nicht zum Stadtpräsidenten machen, aber vielleicht reichs der FDP nochmals für zwei Stadtratsitze. Und SVP oder CVP gucken in die Röhre.

Mit herzigen kleinen Mini-Spielzeug-Einkaufstäschli und Gummibärchen wirbt die **CVP**. Psst, nicht an die CVP weiter sagen: gewählt werden darf erst ab 18 Jahren ...

Das macht die CVP-Regierungsratskandidatin **Vreni Wicky** schon cleverer – sie verteilt Zuger Qualitätshonig. Das süsse Geschenk kommt für einige Frauen zu spät – gross war das Raunen im Saal an der GV der Zuger Frauenzentrale, als Vreni Wicky anob: «Ich als Politiker ...»

Frontal, ungekürzte Version: www.bulletin-zug.ch



DO, 28. September: Podium für KandidatInnen unter 35 Jahre
09.45 - 10.30, GIBZ, Zug

SA, 30. September: Dorfmarkt Cham, Krifo-Beiz
08.30 - 12.00, Cham

SA, 30. September: Jazz-Matinee, Forum Oberägeri
Oberägeri

MO, 2. Oktober: Podium für KandidatInnen unter 35 Jahre
13.00 - 13.45, KBZ, Zug

MO, 2. Oktober: Buchvernissage: «Es ist ein Wunder, dass es funktioniert hat»: 16 Jahre Regierungsrat: Gespräche mit Hanspeter Uster.
19.30 Uhr, Burg, Zug

MI, 4. Oktober: Alternative Monatsbar
18.30, Siehbachsaal, Zug
Mit den Köchen und Köchinnen des Krifo
Alternative Cham

SO, 8. Oktober: Gemeinderatswahlen

SO, 29. Oktober: Ständerats-, Regierungsrats- und Kantonsratswahlen
Nachmittags, Wahlfest in der Chollerhalle, Zug

MI, 8. November: Alternative Monatsbar
18.30, Siehbachsaal, Zug

DI, 14. November: Parteiversammlung Gleis 3 Alternative Risch
Rotkreuz

SO, 26. November: Kant.

Abstimmung. Referendum «Nein zum ungewogenen Steuergesetz»

DI, 28. November: Gemeindeversammlung Risch

DO, 30. November: Frauen Macht Politik
19.30, Vereinshaus, Menzingen

MI, 6. Dezember: Alternative Monatsbar
18.30, Siehbachsaal, Zug



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9,
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@my-mail.ch

Freie Wähler Menzingen
Postfach 112,
6313 Menzingen
roozeboom@solnet.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123,
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
ursfalk@bluwin.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5,
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
Esther Haas,
Sonneggstrasse 11,
6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

SGA Zug/Baar
Postfach 4805, 6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Nr. 3, September 2006, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Verein DAS BULLETIN
Adresse: BULLETIN
Alternative Kanton Zug,
Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net
Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber
Produktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan, Steffi Schneebeli (DMG Zug)
Gestaltungskonzept: S.H.E.D.
Belichtung und Druck: DMG Zug
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1300 Ex.
WEMF beglaubigte Auflage: 1049 Ex.
Abonnement: Fr. 25.-;
Kleinverdiener Fr. 10.-,
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 4/2006: Freitag 15. Dezember 2006
Erscheinungsdatum: Freitag 29. Dezember 2006

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch